

# GLOBAL



# VIEW

**Unabhängiges Magazin**

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)  
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

**4 | 2009**

3 EURO



## **Gefahren des Weltraummülls**

# PANTHER ARFF VEHICLES READY TO SERVE



## ROSENBAUER WORLD CLASS TECHNOLOGY

ROSENBAUER serves the Airport Fire Services around the world with innovative and professionally designed quality PANTHER ARFF Vehicles.

Chassis, superstructure, high reach extendible turret with piercing tool and superstructure are fully integrated, designed and manufactured within the ROSENBAUER Group.



**INTERSCHUTZ**  
DER ROTE HAHN

LEIPZIG 7 - 12 JUNE 2010

Visit us at hall 4.



ROSENBAUER INTERNATIONAL Aktiengesellschaft  
4060 Leonding, Paschinger Str. 90, AUSTRIA

Tel.: +43 (0)732 6794-0

Fax: +43 (0)732 6794-83

E-Mail: [office@rosenbauer.com](mailto:office@rosenbauer.com)

<http://www.rosenbauer.com>

# Liebe Leserin!

# Lieber Leser!



**D**ie Welt wird von vielen Gefahren bedroht. Eine Herausforderung, die allerdings selten behandelt wird, sind die Gefahren des Weltraummülls. 300.000 Objekte schwirren in unserer Atmosphäre und bedrohen Satelliten, die für Internet und Navigation bereit stehen. Um in Zukunft zu gewährleisten, dass Weltraummüll mit Satelliten und Missionen im All nicht kollidiert, sind Lösungen gefragt. Deshalb hat die UNO dieses Thema auch zu einem der zehn Themen ernannt, worüber die Menschheit mehr wissen sollte. Wir sehen es als unseren Auftrag, Sie darüber zu informieren.

**Kindersoldaten sind** bis heute kein Tabu in bewaffneten Konflikten, vor allem in Afrika. Sowohl Rebellengruppen, als auch skrupellose Regierungen nutzen unschuldige Kinder als Menschenmaterial aus. Von seinen eigenen Erfahrungen berichtet Kaba Williams in Sierra Leone, der in den 1990ern sowohl von Rebellen, als auch von der Regierung als Kindersoldat missbraucht wurde. Heute studiert Mr. Williams in Sierra Leone und setzt sich für Initiativen gegen Kindersoldaten und für deren Reintegration in die Gesellschaft ein.

**Wanderungsbewegungen** sind in Europa seit vielen Jahrhunderten zu beobachten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es aber statt Auswanderungen zu

einer Einwanderung nach Europa. Mit dem Aufbau von Wohlfahrtsstaaten bekamen dies eine neue Dynamik mit der viele europäische Staaten bis heute überfordert sind. Professor Alexander Van der Bellen fordert eine geregelte EU-Migrationspolitik, damit Europa nicht veraltet.

**Cultural Diplomacy ist** nicht nur ein Schlagwort. Anstatt mit den Säbeln zu rasseln oder die Überlegenheit der eigenen Kultur zu predigen, kann vor allem das Zuhören und das Betonen des Gemeinsamen die Verbindungen zwischen Staaten stärken. Gerade Österreich ist in einer privilegierten Position und hat mit Botschafter Emil Brix auch einen ausgewiesenen Experten auf diesem Gebiet. Aber auch die Östereichischen Kulturforen leisten in der ganzen Welt wertvolle Arbeit, um mehr von Österreich zu zeigen als Mozart und "Sound of Music".

**Sechs Ausgaben** durfte ich als Chefredakteur dieses Magazin betreuen. Es freut mich bekanntzugeben, dass nun Nadja Kwapil, langjähriges Mitglied des Redaktionsteams, das GLOBAL VIEW in Zukunft übernehmen und leiten wird. Danke für das Vertrauen und halten Sie uns weiterhin die Treue!

Johannes Langer  
Chefredakteur

**Blog:** Online unter <http://www.globalview.at> bietet GLOBAL VIEW die Möglichkeit, alle im Heft abgedruckten Artikel zu lesen. Weitere Beiträge, längere Versionen der Artikel und Interviews sind zusätzlich exklusiv auf unserer Website zu finden. Wir freuen uns über Feedback in Form von Kommentaren zu den einzelnen Beiträgen.

---

**Impressum Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at) ■ **Chefredakteur:** Johannes Langer ■ **Redaktionsteam:** Valerie Baldinger; Mag. Louise Beltzung; Nora Berger; Daniel Jokesch; Joachim Kurz; Mag. Nadja Kwapil; Mag. Andrea Lehner; Julia Pass; Werner Polzhuber; Magdalena Reitbauer ■ **Illustration:** Daniel Jokesch ■ **Layout:** MMag. Georg Rieckh, BSc. ■ **Lektorat:** Elaine Hargrove, BA; Diego Heatherman; Mag. Katharina Keimelmayr, BA; Michael Machum; Mireille Pelletier; Werner Polzhuber; MMag. Georg Rieckh, BSc.; Anna Savelyeva; Johanna Weberhofer, MA ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor; Titelbild: ESA ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz.

**Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



# Autoren



**LUKAS N.P. EGGER** is working at the Technical University of Berlin. He is pursuing degrees in Engineering and Philosophy. He is interested in the dialogue of cultures, behavioural economics and the philosophy of science. The views expressed are the author's own and do not necessarily represent those of his employer.



**MARIETHERES POTUCEK** studiert Rechtswissenschaften und Slawistik an der Universität Wien. Zuvor verbrachte sie ein Jahr bei den Jungen Europäern in Paris, wo sie Europa-Unterricht an Schulen gestaltete und Öffentlichkeitsarbeit koordinierte. Ihr besonderes Interesse gilt der europäischen Politik mit Fokus auf den osteuropäischen Raum.



Mag. **MICHAEL FUKER** studiert Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft in Wien und Linz. Derzeit plant er die Aufnahme einer Dissertation über die maritime Sicherheitspolitik im südchinesischen Meer an der Universität Wien. Seit Sommer 2009 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES).



Univ.-Prof. Dr. **ALEXANDER VAN DER BELLEN** ist seit 1994 Nationalratsabgeordneter der Grünen und übte das Amt des Klubobmannes bis 2008 über neun Jahre hinweg aus. Seitdem ist Van der Bellen Sprecher für Internationale Entwicklungen und Außenpolitik sowie Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN).



Dr. **JAMSHID GAZIYEV** works in political affairs for the United Nations Office for Outer Space Affairs in Vienna, Austria. Prior to the UN, Dr. Gaziyeu was a policy adviser and researcher at Global Witness, an investigative human rights NGO in London, UK. The views expressed in the article are those of the author and do not reflect the official policy of the UN.



**GREGOR WALDHAUSER** is Vice-President of the AFA and is currently in the Master of Arts program for International Relations at the Danube University Krems. Due to his previous working experience he concentrates his academic research on the privatized military industry in general, Africa and the Middle East as well as the Balkans.



Mag. **ANDREAS ORATOR**, LL.M., diplômé, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und der NYU School of Law und ist Absolvent von Sciences-Po Paris. Er forscht seit mehreren Jahren zum Thema Europäische Agenturen und lehrt Europa-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien.



**KABBA WILLIAMS** is a former child soldier from Sierra Leone. He fought with the rebel Revolutionary United Front (RUF), and with the Sierra Leone Army (SLA). In 1994 he was rescued by UNICEF. Today he is studying at Njala University, Sierra Leone. His story is presented by Maureen McGregor, a long-term employee of the UN Office on Drugs and Crime currently working in Sierra Leone.



**MIREILLE PELLETIER** is a third-year Political Science student at the University of Ottawa, Canada. Currently, she is an exchange student at the University of Vienna and plans on studying law after finishing her undergraduate degree. She is interested in political philosophy, international relations, global history and languages.



Mag. **NATALIE WOJTAROWICZ** studiert Slawistik (Russisch) in Wien und schreibt zurzeit ihre Diplomarbeit über russische Minderheiten in der EU. Zuvor schloss sie nach Auslandsaufenthalten in Australien und Russland das Studium der Politikwissenschaft ab, im Zuge dessen sie sich auf australische und internationale Politik sowie die EU spezialisierte.

# Inhalt



ESA

200 explosions and at least five collisions in space have occurred. Each explosion creates thousands of small debris objects. Article p. 08



Grafik: Georg Rieckh

Die EU erlebt seit Jahrzehnten Migration aus aller Welt. Trotzdem sind die meisten EU-Länder immer noch nicht darauf vorbereitet. Artikel S. 16



BM/EA / Hopf-Media

Austrian cultural diplomacy: Foreign Minister Spindelegger with a Serbian student that was provided an interrail ticket to discover Europe. Article p. 22

## 06 UNO/International

- 06 Nora Berger
  - 08 Dr. Jamshid Gaziyeu
  - 10 Mag. Natalie Wojtarowicz
  - 11 Maureen McGregor
  - 12 Gregor Waldhauser
  - 14 Can Ertugrul
  - 15 Thomas Tödtling
- UN Ticker  
Global Race for Junk-Free Space  
Australia's Dream and Asia's Reality  
Giving Voice to Former Child Soldiers  
Dogs of War on the Leash  
Come on Marshall, Let's Do It (Again)!  
The "Glorious 20"

## 16 Europa

- 16 Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen
  - 17 Mag. Andreas Orator, LL.M., diplômé
  - 18 Mireille Pelletier
  - 19 Maria Cacenschi
  - 20 Mag. Nadja Kwapil
  - 21 Marietheres Potucek
- Migration und EU  
Demokratische EU-Agenturen?  
Vaclav Klaus: One Vision of Europe  
Pause im Kampf gegen Korruption  
Armenien und Türkei nähern sich an  
Slowakisch-Ungarische Problemzonen

## 22 Österreich

- 22 Lukas N.P. Egger
  - 23 Marlen Ungersböck
  - 24 Mag. Michael Fuker
  - 25 Julia Pass
- Politics is Running Behind  
Austria: The World and the Arts  
EU-Kommunikation auf lokaler Ebene  
Kolumne: Mein Yogalehrer mag mich nicht

## 26 Kultur/Gesellschaft

- 26 Werner Polzhuber
  - 27 Paula Resch
- Made in Iraq  
"Wir nehmen uns viel zu wichtig"

## 28 AFA/ÖGAVN

- 28 Kay-Michael Dankl & Simon Hofbauer
  - 29 Gregor Waldhauser
  - 30 Mag. (FH) Barbara Cucka, MA
  - 31 Johannes Langer
- Heiße Debatten in der kalten Jahreszeit  
America, the Beautiful  
HISTOMUN – Time Travel is Possible  
People



Stevie Wonder als UN-Friedensbotschafter ... WHO: Gelbfieber-Impfkaktion für Afrika ... UNO feiert 20 Jahre Kinder-



## UN Vienna Focus

### Gemeinsam für mehr Interesse

"Together Strong – Die Vereinten Nationen" lautet der Titel eines neuen UN-Schulbuchs, das am 20. Oktober 2009 von Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Außenminister Michael Spindelegger und Maher Nasser, Direktor des Informationsdienstes der Vereinten Nationen in einem Wiener Gymnasium präsentiert wurde. Das Buch ist das Erste dieser Art und wird vollkommen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, das Interesse für globale Fragen und Herausforderungen zu wecken und allen Schülern ab 13 Jahren die Aufgabenbereiche und Vorgangsweise der UNO näherzubringen.

### Workshop für Terrorismusbekämpfung

Um die Terrorismusbekämpfung in Zukunft besser zu vernetzen, fand am 12. und 13. Oktober 2009 im Vienna International Center (VIC) der erste internationale Workshop zu diesem Thema statt. Es waren nationale Koordinatoren für Terrorismusbekämpfung von über 100 UN-Mitgliedstaaten sowie Vertreter vieler Organisationen und wichtiger UN-Einheiten vertreten. In zahlreichen Diskussionen beschäftigten sich die Teilnehmer mit der globalen Bedrohung durch den Terrorismus und den daraus resultierenden Herausforderungen, die nur durch gemeinsames Vorgehen gelöst werden können.



Flickr / BugMan50

### Mexikanische Gastarbeiter im Skagit Valley im Bundesstaat Washington, USA.

Die UNO fordert, die Wirtschaftskrise zum Anlass zu nehmen, die Rechte von Wanderarbeitern neu zu überdenken. Während Regierungen weltweit angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen danach streben, die Zahl der Arbeitsmigranten zu reduzieren, wollen die Vereinten Nationen das genaue Gegenteil: Der Zugang zum Arbeitsmarkt soll für Migranten einfacher werden. Diese Forderung findet sich auch im Human Development Report 2009 wieder.

Auch eine zweite UN-Studie beweist: 2008 wuchs die Gesamtsumme der von Arbeitsmigranten in ihre Heimat zurücküberwiesenen Gelder trotz der schlechten Weltwirtschaftslage um 8,8%. In einigen Staaten belaufen sich diese Überweisungen sogar auf eine höhere Summe als die offiziellen Entwicklungshilfezahlungen und sind somit zu einer unverzichtbaren finanziellen Ressource geworden.



UN Photo / Marie Frechton

### MONUC im Einsatz für die Bevölkerung. Allerdings gibt es auch Vorwürfe gegen die Mission.

### Peacekeeper wegen Sexualdelikten verurteilt

Mindestens 50 ehemalige Mitglieder von UN-Peacekeeping-Missionen wurden seit dem Jahr 2007 des sexuellen Missbrauchs während ihrer Einsätze für schuldig befunden. Die verhängten Strafen reichen von einer Zurückstufung in der militärischen Rangordnung bis zu einer acht Monate dauernden Haftstrafe. Die strafrechtliche Verfolgung der Betroffenen erfolgte allein durch die Staaten, im Namen derer sie bei den Missionen im Einsatz waren. Die Vereinten Nationen

selbst können im Falle von solchen Anschuldigungen nur Ermittlungen einleiten.

Die von der UNO veröffentlichten Zahlen beweisen, dass Anklagen gegen Mitglieder von Peacekeeping-Missionen im letzten Jahr deutlich zugenommen haben. Bezüglich sexuellen Missbrauchs haben die Vereinten Nationen eine Null-Toleranz-Politik entwickelt. Ein spezieller Verhaltenskodex soll bei Peacekeeping-Missionen sensibilisieren und präventiv wirken.



UN Photo / Martine Perret

Täglich werden 2.000 Menschen Opfer tödlicher Gewalt. Um Menschenleben zu bewahren, entwirft ein Komitee der UN-Generalversammlung eine Resolution, mit der ab 2012 der Waffenhandel reduziert werden soll.



Flickr / B.Sandmann

Die Einrichtung eines UN-Sekretariats für Frauenrechte rückt näher. Die Bedeutung der Frauenrechte soll dadurch besonders hervorgehoben und auf die gleiche Stufe wie andere Entwicklungsfragen gestellt werden.





Flickr / suburbanbloke

**Aufgrund der klimatischen Veränderung werden ehemals fruchtbare Gebiete nicht mehr verwendbar.**

Am meisten darunter zu leiden haben die Jüngsten: Täglich verhungern 17.000 Kinder weltweit. Die Zahl der unterernährten Kinder weltweit wird bis 2025 um weitere 20% steigen, sollte die internationale Staatengemeinschaft ihr Vorgehen gegen den Klimawandel nicht grundlegend überdenken und verändern. Das besagen zumindest Berechnungen des International Food and Policy Research Institute: "The accelerating pace of climate change threatens food security everywhere."



Flickr / maistora

**Vielfalt bietet Vorteile. Allerdings haben weiterhin viele Menschen nicht das Recht eine Wahl zu treffen und werden deswegen diskriminiert.**

Vorurteile gegen andere Menschen entstehen meist auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen oder ethnischen Gruppe und basieren nicht auf ihre Persönlichkeit oder ihr Verhalten. Mit diesen Vorurteilen soll ab dem 10. Dezember 2009 unter dem Motto "Embrace Diversity, End Discrimination" aufgeräumt werden. Pillay hofft mit dieser Kampagne, Menschen zum Nachdenken anzuregen und sie dazu zu motivieren, gegen Diskriminierung einzutreten.



UN Photo / Eskinder Debebe

John Ging, Direktor des Hilfswerks der UNO für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), will Schüler im Gaza-Streifen über Holocaust unterrichten, um umfassende Menschenrechts-Bildung zu garantieren.



US Navy / Jason R. Zalasky

Ahmedou Ould-Abdallah, UN-Sondergesandter für Somalia, fordert gezielte Vorgehensweisen gegen die Piraten an der somalische Küste. Es sei wichtig, Alternativen aufzuzeigen und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Dienstag, 17. November 2009

### Nahrungsmittel: Eine Frage des Klimas

"There cannot be food security without climate security", ist UN-Generalsekretär Ban Ki-moon überzeugt. Die weltweite Erzeugung von Nahrungsmitteln muss bis 2050 um 70% steigen, damit die rapid wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Klimaveränderung, Temperaturanstieg und instabile Wetterlagen erschweren dies jedoch erheblich. Die Nahrungsmittelknappheit wird sich also in Zukunft drastisch vergrößern.



### UN Country Focus

#### Religionsfreiheit in Gefahr

In Laos scheint es um die Religionsfreiheit nicht immer gut bestellt. Rund 67% der Laoten sind Buddhisten. Dem Rest der Bevölkerung, großteils Christen oder Angehörige anderer religiöser Minderheiten, bleibt laut UNO der Zugang zu höherer Bildung oder Regierungsämtern meist verwehrt. Laos müsse deshalb ein klares Bekenntnis zur Religionsfreiheit für alle ablegen, fordert Asma Jahangir, UN-Sondeberichterstatteerin für Religionsfreiheit, denn: "the test of freedom of religion or belief lies with the level of tolerance extended to religious minorities."

Dienstag, 08. Dezember 2009

### Vielfalt statt Einfach

Der Kampf gegen die Diskriminierung beginnt zuhause oder am Arbeitsplatz. Nur durch aktives Auftreten gegen diskriminierende Äußerungen oder Verhalten, kann auch etwas verändert werden. Am wichtigsten ist es, nicht wegzuschauen oder zu hoffen, dass sich die Dinge von alleine zum Besseren wenden. "Complacency is discrimination's best friend", so Navi Pillay, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte bei einer Konferenz anlässlich des Menschenrechtstags am 10. Dezember.



### UN Secretary General Corner

*"Tolerance does not mean indifference or a grudging acceptance of others. It is a way of life based on mutual understanding and respect for others, and on the belief that global diversity is to be embraced, not feared."*

United Nations Secretary-General  
Ban Ki-moon:  
Message on the International Day  
for Tolerance, 16 November 2009

# Global Race for Junk-Free Space

Satellites, crucial to our everyday lives, are increasingly threatened by space debris left by defunct spacecraft. The race is on to avert a space junkyard and ensure the continued space benefits to humanity.

**Text** Jamshid Gaziyeu

**O**n 10 February 2009, a defunct "Cosmos 2251" and an operational "Iridium 33" satellite collided nearly 790km above Siberia. The collision created two distinct clouds of more than 800 pieces of space debris, man-made objects in orbit that no longer serve a useful purpose. It was the first collision of two intact spacecrafts and the fourth known accidental hypervelocity collision caused by catalogued space debris.

## No Science-Fiction

The above may read like a science-fiction piece, and one could wonder why the news about satellites fragmenting to space junk hundreds of kilometers away in outer space should be important to us, non-scientific readers. Indeed, the junking of space should concern us all, because we are enjoying space benefits every day, here on Earth, whether we realize it or not. Contrary to common perceptions, most satel-

lites in orbit cater for the Earth, rather than look upward to outer space. Communications satellites have shrunk the planet to a "global village" through broadcasting telephone and television signals, and by providing internet linkages, no matter how remote.

## Indispensable Space Technology

Global navigation satellites determine our exact location on Earth and have now become ubiquitous in our lives, from transportation to architecture and golf. Remote sensing satellites bring enormous societal benefits by providing valuable data about the planet's ecosystem and producing the evidence required for informed decision-making.

Space technology has become an indispensable part of global public goods, playing a crucial role in international development, security, and environmental monitoring and protection.

The combination of the increasing orbital debris and the lack of a viable mechanism to clean them up may render parts of space temporarily or permanently unusable.

In the 1980s only a dozen of countries operated satellites in space, but today more than fifty countries own, or have partial ownership in, more than a thousand operational satellites orbiting around the Earth. Nearly eight dozen space objects are launched to space every year. In the last thirty years, space traffic quadrupled. But after serving humankind, all those satellites are doomed to die out. Today's satellite is tomorrow's space garbage.

## Space Debris as a Threat

Currently there are more than 300,000 pieces of space debris with a size between 1 and 10cm and over 17,000 of those greater than 10cm in diameter. In the past four years there was a 40% increase in the number of space debris. If those figures are put in context of an average relative velocity of debris at 7-8km/sec, then one can imagine how polluted and dangerous the space environment has become.

The lethal impact threat from space debris is such that astronauts of the International Space Station (ISS) were forced to temporarily shelter in the Soyuz capsule on 12 March 2009, when a piece of debris a few cm in size was projected to pass close the ISS. Fortunately, it was a miss but if that piece of junk had hit the ISS, it could have damaged vital solar panels or puncture one of the living modules.

Satellite explosions, fragmentations and launches are the primary factors affecting the growth of space junk. Satellite collisions could now become a significant source of future debris generation. Space debris remains in orbit for a considerable length of time: decades in

The photo shows the "energy flash" when a projectile launched at speeds up to 17,000 mph impacts a solid surface at a NASA Research Center in California. This test is used to simulate what happens when a piece of orbital debris hits a spacecraft in orbit.



NASA



the altitude between 600 and 800km and centuries in the altitude greater than 800km. At the altitude up to 2,000km, the low-Earth orbit is particularly vulnerable, as it hosts the majority of satellites and the ISS. As we generate mountains of rubbish on Earth, we are also creating a dangerous layer of space junk thickening above the planet.

### Turning into a Nightmare

From a mere nuisance, space debris is gradually becoming a nightmare not only to our astronauts and satellites, but also to our ability to continue benefiting from outer space in the long run. Unlike household junk, it is not yet technologically or commercially viable to clean up or recycle space garbage.

The old saying "what goes up must come down" does not hold the same weight in space as on

Earth. Any object moving at 8 km/sec or more in the Earth orbit is likely to continue orbiting the planet for a long time. Our continued ability to explore and use outer space, the "province of all mankind" as per the Outer Space Treaty, is vital to our way of life. Hence the global race to ensure that space does not become a vast junkyard. Bearing that in mind, the United Nations therefore stressed the issue of space debris in its *2008 Ten Stories the World Should Hear More About*.

### Clogged with Garbage

Space experts and policy-makers have striven to mitigate the generation of debris by minimizing the creation of new space junk, preventing satellite explosions, avoiding satellite collisions through precision-tracking, and by maneuvering expired satellites either to "graveyard" orbits or to lower altitudes so they burn in the atmosphere.

A number of countries have already developed such debris mitigation standards. To address the space debris challenge at the global level, the United Nations Committee on the Peaceful Uses of Outer Space (COPUOS) has focused on the issue since 1994, and adopted the Space Debris Mitigation Guidelines as a result of a coordinated internationalized approach in June 2007.

The voluntary Guidelines deal with procedures that curtail the generation of potentially harmful space debris both in the short term and over a long term, as well as outline seven debris mitigation measures for the mission planning, design, manufacture and operational phases of spacecraft and launch vehicle orbital stages.

In its resolution 62/217, the UN General Assembly endorsed the Guidelines in December 2007 and urged states to take measures, through national legislation or through their own applicable mechanisms, to ensure the implementation feasible to the greatest extent. The promulgation of the Space Debris Mitigation Guidelines is a great step towards enhancing stability and sustainability of our exploration and use of outer space. Once implemented by all space actors, the Guidelines will reduce the likelihood of future space activities generating more space debris.

### Looking for Solutions

There is much work ahead for the international space community, including COPUOS: finding appropriate solutions to prevent collisions in orbit, strengthening space situational awareness capabilities to support tracking and maneuvering of space objects, and developing viable methods to remove space junk from crucial orbits. Until those solutions are found and implemented, we cannot afford staying aloof in this global race to prevent space from getting totally junked. <<



Australia's aim to have closer ties with Asia has no end in sight yet. The Asia Pacific Community might help.

# Australia's Dream and Asia's Reality

Australian Prime Minister Rudd is eagerly lobbying for an Asia Pacific Community in the light of an expected economic and strategic shift from the Atlantic to the Pacific. **Text** Natalie Wojtarowicz

**E**ver since he was elected the Prime Minister of Australia in 2007, Kevin Rudd, a former diplomat, has been committed to positioning Australia as a proactive middle power devoted to multilateralism and a strong international community.

## Old Idea, New Label

In June 2008, Prime Minister Rudd presented his idea of an Asia Pacific Community (APC), "a regional institution which spans the entire Asia Pacific region – including the United States, Japan, China, India, Indonesia and the other states of the region. A regional institution, which is able to engage in the full spectrum of dialogue, cooperation and action on economic and political matters and future challenges related to security."

Though the idea of a pan-Asian organisation is not entirely new, it is interesting that Australia, Asia's "odd man out", is trying to revive this vision. According to Eberhard Sandschneider, research director of the German Council on Foreign Relations, this is however not surprising, since Australia has tried to become more involved in Asian networks for many years. The APC is Mr Rudd's concrete initiative in line with this credo.

## The Asia Pacific Century

Mr Rudd's commitment seems even more comprehensible in the light of recent forecasts: experts expect a gradual shift in economic, political and strategic weight from

the Atlantic, particularly the US and the EU, to the Asia Pacific. By 2020, Asia is expected to account for 45% of global GDP, compared to 35% in 2005.

While these major changes could foster the emergence of new challenges that transcend national boundaries, Prime Minister Rudd believes that the creation of "strong institutions that will underpin an open, peaceful, stable, prosperous and sustainable region" well in advance is the only appropriate response.

## Visionary but Vague

Even though these ideas sound visionary, they are anything but precise. However, this is a common diplomatic practice. "When launching such an idea, politicians are well advised to do so in a manner that does not automatically generate frictions and resistance," Mr Sandschneider explains. "It is better to present general ideas, assess the reactions of the other players and only then refine the ideas and go into more detail."

## Diplomatic Charm Offensive

So far, the first reactions have been ambivalent. Bearing in mind the cultural diversity and the political and economic rivalry in the region, it is not surprising that some players are not in favour of the creation of the APC. While Singapore and Indonesia are rather sceptical, a cautious welcome could be heard from China and Japan, the latter recently presenting a similar, yet rivalling idea of an

East Asian Community, which could even include a common currency.

Moreover, two questions remain controversial: Should the APC be based on existing regional institutions like ASEAN and which states should become members? In order to grasp all reactions and lobby for the APC, Prime Minister Rudd started a diplomatic charm offensive. Apart from appointing Richard Woolcott, a veteran diplomat, to his special envoy, Mr Rudd plans to hold a conference with regional officials, academics and opinion-makers in Australia in December 2009 in order to discuss his vision.

## An Idea Whose Time Has Come?

Clearly, the APC is still in its infancy. According to Mr Sandschneider the viability of the project depends on the pivotal aspect whether such an organisation will be able to add value to the existing regional architecture in Asia. Only then will the APC have the chance to become more than another talk shop, "where politicians regularly meet without coming to decisions." Freely adapted from Victor Hugo: "The idea is there, whether it is powerful or not, only time will show." <<

## Further Information

An interview with Eberhard Sandschneider, research director of the German Council on Foreign Relations can be found on the blog of GLOBAL VIEW: <http://www.globalview.at>



# Giving Voice to Former Child Soldiers

"So many times I just cried inside my heart because I didn't dare cry out loud." These are the words of a child soldier – one voice in an estimated 300,000 children in armed conflicts today.

**Text** Maureen McGregor

**I**n 1991, Kabba was about seven years old and lived with his mother in Waima village in Sierra Leone – a country where a brutal civil war had just begun. One hot dry day he was selling rice in a nearby village when Kabba heard the sound of gunfire coming from the direction of his village and raced home. At Waima, the air was full of smoke; people of all ages were fleeing the village in terror. Dead bodies lined the road.

Kabba crept into his house calling softly "mama, mama," but no one answered. His mother was not there and Kabba has never seen her again. Suddenly, rebels entered Kabba's home and took him with them as well as other children from the village. RUF Commander "Kaka Scatter" told the abducted children that they had just been liberated and should now join the rebels to help liberate the motherland.

The children were taken to the school field in Waima where they received "war training" – using sticks as guns. In the evenings, the children were given drugs that were crushed and mixed with cooked rice – a meal the rebels called "the Last Supper." After one week of training, Kabba was given an AK-47 rifle and sent to the Revolutionary United Front (RUF) base at Bunumbu to begin fighting with the rebels.

## A Child Killing Machine

As a rebel child soldier, Kabba was exposed to extreme brutality and was forced to commit acts of unimaginable violence. When the rebels attacked villages, they killed many, but those left alive had their lips, ears, hands, arms, feet or legs chopped off by a child soldier wielding an axe or a machete.

Sexual violence was rife, and the rebels thought it hilarious when Commander "Kaka Scatter" forced the young Kabba to rape a little girl. To the sound of the rebels' laughter

the sexually immature Kabba dropped his pants and put his penis against the girl and committed his first "rape." After six months, Kabba managed to escape the rebels and was captured by soldiers from the armed forces of Sierra Leone who tied him up, beat him and threatened to kill him. After some time, he was trained as a "vigilante" soldier – an unpaid "soldier" with no official army ID.

In 1994, Kabba was in Freetown with three others selling looted goods when he was approached by a UNICEF representative. Through this contact, the children were eventually helped by a charity called Children Associated with War and given the chance to go through the Disarmament, Demobilization and Reintegration (DDR) process. Families that did accept child soldiers back into the fold were not supported. On completion

**Children are misused as child soldiers. A reality for an estimated 300,000 kids around the world.**



Flickr / Hdptear

of the DDR process, the small amount of support and financial assistance the families had received dried up.

## Fighting for a Future

In January 2002, the civil war was officially over. Kabba knows first hand though that even during peaceful times, former child combatants continue to suffer the devastating physical and psychological effects of their experiences. 15 years have passed since Kabba was forced to torture, mutilate, beat and enslave his fellow citizens. He does not seek to be excused from his crimes, but seeks understanding that he was as much a victim as a perpetrator and witness. Had he not committed these acts, he would have been murdered.

Kabba says his ultimate goal is to help other children to lead productive lives by overcoming their past. He wants to see countries adopt national laws to criminalize the recruitment and use of children in armed conflict. He wants to see drug addiction eradicated, and the use of children as a labour force abolished.

In his own words he says "What you give to young people is what they give back to the country in return." To this end, Kabba has established the African Reformation War Child Advocacy Network (ARWCAN) and has become an active advocate for the rights of child victims of conflict. <<

## Further Information

If you want to contact Kabba Williams, his email address is:  
kabbawilliams@hotmail.com

A longer version of this article can be found on the blog of GLOBAL VIEW:  
<http://www.globalview.at>



# Dogs of War on the Leash

The Private Military Industry is one of the fastest growing businesses in the world, with hundreds of companies. But clients know exactly which companies they can trust. **Text** Gregor Waldhauser

**M**aybe it is even one of the very few businesses that is completely resistant to today's financial crisis. Many countries can not or do not want to afford a large standing army any more. Modernization and maintenance costs are about 80% of a modern defense budget. Outsourcing seems to be the solution paying specialists for particular tasks.

Despite being the dominant military and economic power in the world, the United States makes the most extensive use of the privatized military industry. Since 1994, the United States Defense Department has closed approximately 4,000 contracts with US based companies alone, with a total value of more than 400 billion USD.

Areas like security, military advice, logistics support, policing, intelligence and even food services are outsourced. The US Marine Corps, for example, outsourced about 1,000 cook positions. In the last decade the US even outsourced maintenance and administration of strategic weapons like

the B-2 stealth bomber and a large number of warships.

It is not only logistics that provides work for private military company personnel, and it is hardly what the public would have in mind when the discussion comes to Private Military Companies (PMC). PMCs provide fighting troops to ensure security, either for public or military installations, or for certain personnel such as politicians and other VIPs.

Expert PMCs are taken for special tasks, like finding and destroying landmines. Employees of such PMCs are very often wrongfully called mercenaries, or even "Dogs of War," a term that has remained from the old days of foreign intervention in Africa during the decolonization wars of the 1960s and 1970s.

## PMCs Make the News

It is not the first time that "mercenaries" make the headlines. The assistance of a small mercenary army during the liberation

of Stanleyville, Congo, in 1964 made world-wide news, where the so-called mercenaries were the good guys.

This has not been the case in 2004, when soldiers from a PMC called Blackwater were killed, mutilated and dragged through the streets of Fallujah, Iraq, after they got lost. Blackwater caused another scandal in 2007, when its employees killed 17 innocent civilians and injured many more.

Incidents like these do not shed a glorious light on the privatized military industry. Another example of bad news coming from the privatized military industry was the involvement of CACI International Inc. and the Titan Corporation in the tortures of the Abu Ghraib prison.

## Professionals Only

In fact, incidents like the Blackwater scandal are very rare. Modern PMCs recruit professionals, not adventurers, as it used to be the case back in the 1960s when the newspaper ad read "Have Gun, Will Travel." Today's professionals have several years of experience in a modern army and need to show an honorable discharge. Furthermore they are experts, trained in much more than just straight shooting; and are highly paid, so as to make them resistant to looting and bribery when working in a conflict zone.

As the PMC industry is the fastest growing business of the last two decades, there were suddenly hundreds of PMCs providing services for peace operations or protection. For potential clients it is hard to differentiate between them. Nobody wants to risk the reputation of hiring guns that could turn on them once the contract is fulfilled. Today's clients of PMCs are governments and private companies alike, even NGOs hire PMCs – the UN, the OSCE, and even the WWF uses PMCs to control poaching in certain areas.

PMCs assist in security tasks like securing this street in Sharana, Afghanistan, during a mission on 1 October 2009.



Photo: Gregor Waldhauser



Photo: Gregor Waldhauer

PMCs on a Recon Mission near Taji, Iraq. Experienced Long Range Recon Professionals train and support the Iraqi Army.

### Join the Club

As a consequence of the large number of PMCs in the market and to meet the need for standards in this business, the "International Peace Operation Association" (IPOA) was founded in 2001. IPOA declares that its goals are to "promote high operational and ethical standards of firms active in the peace and stability operations industry" and "to inform the concerned public about the activities and role of the industry."

More than 60 companies of the private security and military industry are already members of IPOA, and all members have to commit themselves to the Code of Conduct. With its membership, the PMC automatically pledges itself to accept the Universal Declaration of Human Rights, the Geneva Conventions as well as its additional protocols: the Convention Against Torture, the Voluntary Principles on Security and Human Rights and the Montreux Document on Private Military and Security Companies of 2008.

Interestingly enough, Xe Company LLC, formerly known as Blackwater Worldwide, is not a member of the IPOA, but other important names are, like MPRI or DynCorp.

A year earlier than IPOA, the Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) was established by the Swiss government. This center focuses on military reforms in a variety of programs and created the International Security Sector Advisory Team, which is an initiative that "brings

together policy and operational security sector reform (SSR) expertise, from the developmental, security, defense and diplomatic domains, in order to provide the international community with comprehensive advice both on the technical and the process aspects of supporting SSR."

This center currently counts 13 countries and NGOs as members, among them the European Commission, and the Department for Peacekeeping Operations of the UN. More and more research is being done by DCAF in the area of monitoring and controlling the privatized military industry.

### The Future Today

The voluntary approach of IPOA is highly appreciated in the market, but not satisfying enough, which is shown by the markets interest in a newly created institution, the RIR Group (Research – Intelligence - Reconnaissance). RIR is a newly created Private Intelligence Company that has already attracted the attention of the United States Agency for International Development and big PMCs like SOC-USA LLC.

One of the services of RIR is the monitoring and active control of PMCs and their services. It understands itself as an independent power that ensures the service quality of the PMC, the security of non-combatants and the fulfillment of the contract on both sides. RIR even considers providing a quality certificate for PMCs, which could separate the good ones from the rest.

Private Intelligence Companies are currently the fastest growing business in the world and leave the private military and security sector far behind. They are highly valued by governments, NGOs and companies alike, although their employees originate from intelligence services worldwide.

"And PICs are more trustworthy," as Mr R., one of the founders of RIR, pointed out. "PMCs have the reputation to be interested in an ongoing armed conflict. That's how they make money. But you don't have to be in a warzone to have the need for thorough intelligence!" <<

### Further Information

Three PMCs are briefly introduced:

- MPRI, a division of L-3 Communications, is a specialist in integrated, multi-disciplinary, "Whole of Government" solutions to stability operations; located in Virginia, USA.
- DynCorp Int. is a global government services provider, specializing in aviation (maintenance and training), contingency operations and logistics support; located in Virginia, USA.
- SOC-USA LLC is the global leader in full-service security management. It provides security services for individuals, domestic facilities, nuclear power plants, and military bases as well as logistics and training for military and police forces worldwide.

# Come on Marshall, Let's Do It (Again)!

"Balance the world." That is the goal of the Global Marshall Plan. Its proponents claim it is a realistic path towards a more sustainable and just global economy. **Text** Can Ertugrul

**T**he underlying idea of the Global Marshall Plan (GMP) is similar to the European Recovery Plan of the 1940s and 1950s, more commonly known as the Marshall Plan. The Global Marshall Plan aims to bundle financial resources and political efforts to foster development in a region. It seeks to provide financial resources for sustainable development, especially for poor countries, while at the same time addressing corruption, related to the distribution of money.

In addition to being an initiative supported by more than 300 sponsor organizations or institutions, the GMP is a lobbying project that is trying to push forward a comprehensive strategy for economic change. The aim is to lobby decision-makers in governments around the world to support an eco-social market economy. That is a concept to balance free market economics and to strive for social fairness and the sustainable use and protection of natural resources.

Its strategy is a combination of existing ideas from economic development, environmental development, and fiscal policy. The GMP applies a relatively pragmatic approach, preferring evolutionary development of the economic and political systems instead of revolution.

## Goals as Good as Measures

The first and most immediate goal of the GMP is to reach the UN Millennium Development Goals (MDGs), which are supposed to be attained by 2015. Nothing short of a miracle make the fulfillment of the Millennium Development Goals by 2015 possible, according to Klemens Riegler, managing director of the Ecosocial Forum Austria. It would take an additional 100 billion USD a year to reach

the goals on time. Closing the gap between the existing and the required funds to finance the MDGs is the second task of the GMP.

This should be achieved through the third goal: implementing measures to raise the necessary funds, including the introduction

shall Plan," Mr Riegler concludes. "It doesn't look like as if the GMP will be existing in the next year or a year later."

## What Marshall Can and Cannot Do

Klemens Riegler believes that "the GMP is, among other existing initiatives, a good and relatively realistic one. One of the key-strengths of the GMP is being able to formulate and push forward a strategy that is linkable to current policies and politics."

One drawback of the GMP is that it has a relatively loose network of supporters, which makes a bundling of opinions difficult and leaves thus space for different interpretations. The GMP is well positioned in Europe, especially in the German speaking countries. Although there is some cooperation with organizations that share similar goals in North America, South America and Africa, the GMP remains mainly a regional initiative.

Despite the supported concept of the eco-social market economy, market economy is seen as a vehicle and not as an end in itself.

Other elements such as human rights, environmental laws and a legislative framework also need to be included in the Global Marshall Plan in order to make it a more comprehensive concept that can make a fairer and more sustainable world possible. <<



Graph: Can Ertugrul

The Global Marshall Plan is a step ahead for a sustainable economy.

of an international financial transactions tax or a tax on jet fuel. "If the political will was there, Europe alone could almost finance such a plan on its own," says Mr Riegler. The fourth goal is to adapt the framework of economic policy. A reform of international organizations like the UN or the WTO is considered necessary.

The final goal of the GMP Initiative is to establish new forms of partnerships between rich countries and poor countries. "Maybe we have been a bit too optimistic when it comes to the realization of the Global Mar-

## Further Information

An interview with Klemens Riegler, managing director of the Ecosocial Forum Austria, can be found in German on the blog of GLOBAL VIEW:  
<http://www.globalview.at>



# The "Glorious 20"

In the last couple of months, the G-20 has evolved from an unknown forum to one of the most important global governance bodies.

**Text** Thomas Tödtling

**T**he G-20 could claim collective leadership in world affairs," stated Mikhail Gorbachev. Created in 1999 in Berlin, the forum encompasses the finance ministers and the central bank governors of 19 states. Furthermore, representatives of the EU, the World Bank as well as the IMF participate in the annual meetings. Its members account for 85% of the global national product and represent two thirds of the world population.

The economic crisis of the 1990s and the absence of emerging-market countries in global economic discussions led to the creation of the G-20. It deals with global economic issues and has an annually rotating presidency. Before the global economic crisis decision makers and the media did not pay a lot attention to the G-20. However, due to the world-wide developments, the forum gained new importance because it was regarded as a body which can deal with the consequences of the crisis.

## Potentials...

Three meetings took place in Washington, London and Pittsburgh since November 2008. Apart from these meetings, the G-20 organized several high-level conferences to discuss the stabilization of the global economic system.

Due to the fact that the G-20 integrates industrialized as well as developing countries, the forum enjoys a broader legitimacy than the G-8. An efficient governance of global issues is impossible without rising powers like China, India or Brazil therefore their participation is important.

Moreover, this governance framework showed its potential during the recent crisis by preventing a collapse of the global financial system. "The G-20 was very effective during the crisis but we have to wait if this will also be the case for the time after the crisis," concludes Franz Nauschnigg, Head of the European Affairs and International Organizations Division of the Austrian Central Bank.

The G-20, however, could serve as a kind of pre-negotiation forum of the United Nations. As the UN needs profound structural reforms, it is not able to react quickly to several problems at the moment. The members of the G-20 could elaborate on possible solutions, which are transferred to the bodies of the UN where they have to be approved.

## ... and Deficits

Although the G-20 is more legitimate than the G-8, the forum lacks transparency and democratic legitimacy.

The G-20 are the economical and political heavy weights in the world. The future path of this forum is not yet known.

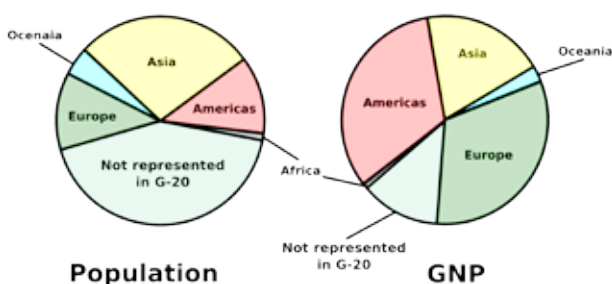
In particular, the least developed countries remain excluded from this global governance body although it discusses issues like climate change or the support of developing countries. However, their integration would be necessary to find appropriate solutions.

But the lack of transparency and democratic legitimacy are not the only reasons why the G-20 can also be regarded as an inadequate institution. Since it unites 19 countries from all over the world, critics deny that the G-20 has the potential to become an effective global governance institution. The broad range of different interests would be an obstacle to efficient decision-making.

Several NGOs and scholars question the outcomes of the Pittsburgh summit in September 2009 and consequently the ability of the G-20 to handle global issues. They criticize that the forum did not address the important questions and the vagueness of the results. Global environmental, economic and social problems need a governance structure that is able to ensure a coherent approach towards their solution. At the moment, the G-20 seems to be the most efficient forum to do so. However, improvement is welcome. <<

## Further Information

An interview with Franz Nauschnigg, Head of the European Affairs and International Organizations Division of the Austrian Central Bank, can be found in German on the blog of GLOBAL VIEW: <http://www.globalview.at>



The G-20 does not represent the world population adequately: Europe and the Americas are clearly over-represented.

# Migration und EU

**Immigration in und Emigration aus Ländern der EU sind schlichte Fakten. Sollen die damit zusammenhängenden Fragen gemeinschaftlich oder nationalstaatlich gelöst werden?**

**Text** Alexander Van der Bellen

**Jedes Jahr wandern** mehr Personen in Länder der EU legal ein als aus. 2007 lag der (positive) Wanderungssaldo bei 1,7 Millionen Personen. Das ist in Österreich nicht anders. Von 1995 bis 2006 betrug der "inflow of foreigners" durchschnittlich rund 80.000 Personen pro Jahr, der "outflow" rund 50.000; ergibt einen Saldo von + 30.000 pro Jahr. Fast die Hälfte des Inflows waren EU-Bürger, die meisten davon aus Deutschland.

Rund 14% (1,2 Millionen) der in Österreich lebenden Menschen sind im Ausland geboren, einer der höchsten Anteile in der EU. Und ein Sechstel oder fast 700.000 Personen des gesamten Arbeitskräftepotenzials sind ebenfalls im Ausland geboren.

## Warum europäisch lösen?

Zunächst: Ein erheblicher Teil der Wanderungen innerhalb der EU ist überhaupt nicht steuerbar. Denn die freie Mobilität aller EU-Bürger innerhalb der EU ist geltendes Recht. Unbeschadet der Übergangsregelungen für die neuen Mitglieder von 2004 und 2007 ist das das liberalste Mobilitätsregime, das weltweit als Konsens von 27 Nationalstaaten existiert. Bleiben somit Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen, Asyl- und Flüchtlingswesen, und illegale/irreguläre Immigration als Herausforderungen.

Ursprünglich galt das als Aufgabe der Mitgliedstaaten, nicht von "Brüssel" im Sinne von Rat, Kommission und Europäischem Parlament. Es setzt sich aber langsam die Erkenntnis durch, dass die Mitglieder allein mit diesen Aufgaben überfordert sind. Gemeinsame Vorgehensweisen werden aus einer Reihe von Gründen erforderlich.

Etwa sind mediterrane EU-Staaten dem Zustrom von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden aus Afrika naturgemäß besonders ausgesetzt. Diese Mitglieder appellieren daher an die (sehr begrenzte) Solidarität der anderen

EU-Staaten. Oder: Die Demografie macht auch vor den Toren der EU nicht halt.

Laut Eurostat wird binnen 40 bis 50 Jahren ein Drittel der heute fast 500 Millionen Einwohner der EU über 65 Jahre alt sein. Das heißt, dass bis dahin die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter drastisch zurückgeht, nach Schätzungen der Europäischen Kommission um 15% oder rund 50 Millionen Menschen. Das hätte höchst bedenkliche Folgen für Wirtschaftswachstum, Staatsbudgets und Pensionsfinanzierung.

Immigration kann diese Entwicklung zumindest verzögern und abschwächen. Gegenwärtig sind rund 19 Millionen Staatsangehörige aus Drittländern in der Union registriert. In Österreichs Spitälern arbeiten heute schon Personen aus 65 Nationen.

## Zähe Vergemeinschaftung

Die gegenwärtige schwedische Präsidentschaft unternimmt einen neuen Anlauf, "mehr Europa" in der Migrationspolitik zu

mindest auf Schiene zu bringen. Das "Stockholmer Programm", das vom Europäischen Rat im Dezember 2009 beschlossen werden soll, bemüht sich redlich, die Interessen von EU-Mitgliedsländern, aber auch von Ursprungs- und Transitländern der Migration unter einen Hut zu bringen.

Im Bereich der Arbeitsmigration soll im Kern ein flexibles Zulassungssystem entstehen, "based on demand-driven labour migration policies that are responsive to the needs of Member States' national labour markets". Das klingt nach einem Punkte-Einwanderungs-System wie in Kanada, zunächst auf nationaler Basis.

Wenn einmal da, sollen die zugewanderten Arbeitskräfte "a uniform level of rights comparable with that of Union citizens" erhalten: also wohl volle Mobilität innerhalb der Union. Das wäre ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Blue-Card-Rohrkreier und würde die EU im Wettbewerb mit den USA um die besten Köpfe stärken. <<



Karikatur: Daniel Jakesch



# Demokratische EU-Agenturen?

Seit 20 Jahren nehmen europäische Agenturen vermehrt Verwaltungsaufgaben in der EU wahr; doch die ihnen zugestandene Unabhängigkeit birgt auch Gefahren. **Text** Andreas Orator

EU-Agenturen leisten wertvolle Arbeit und entlasten die EU-Kommission. Es mangelt jedoch an demokratischer Kontrolle.

**E**nde September 2009 präsentierte die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Reform der europäischen Finanzmarktaufsicht: Drei neue EU-Agenturen sollen in enger Vernetzung mit den staatlichen Behörden für effektivere Kontrolle und einheitliche Aufsichtsstandards sorgen und so mithelfen, die nächste große Finanzkrise zu verhindern. Dieser institutionelle Lösungsansatz ist symptomatisch.

## EU-Verwaltungsunterbau...

Denn seit geraumer Zeit erodiert das Bild der Europäischen Union als bloße Rechtsetzungsgemeinschaft, die die Vollziehung den nationalen Behörden überlässt. Zwar besitzt die EU-Kommission seit jeher eigene Vollzugskompetenzen – so ist in Österreich etwa die Erinnerung an die EU-wettbewerbsrechtliche Prüfung der Übernahme der AUA durch Lufthansa noch frisch.

Allerdings übernehmen seit 20 Jahren eine Reihe von europäischen Agenturen mehr und mehr Verwaltungsaufgaben: So beantragt etwa Airbus bei der Flugsicherheitsbehörde EASA die Zulassung für sein jüngstes Großflugzeug, empfiehlt die Arzneimittelagentur EMA in einem Schnellverfahren die Zulassung eines H1N1-Impfstoffes oder schickt die Grenzschutzagentur FRONTEX multinationale Teams zum "Abfangen" marokkanischer Flüchtlingsboote.

## ...als kopflose vierte Gewalt...

Von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt entsteht hier in Ansätzen ein europäischer Verwaltungsunterbau in Form von europäischen Agenturen, die keinem EU-Organ direkt verantwortlich sind und über alle Mitgliedstaaten verstreut angesiedelt werden.

Sie stellen besonderen Sachverstand bereit, koordinieren Informationsnetzwerke und erleichtern die Verwaltungszusammenarbeit nationaler Behörden. Diese Entwicklung erfolgte im Wesentlichen ad hoc und gewann in den letzten Jahren an erstaunlicher Dynamik. Daher sind nun auch vermehrt kritische Stimmen zu vernehmen, die nach Wegen effektiver Aufsicht dieser zumeist autonomen Einrichtungen suchen.

Ein Blick auf die Verwaltungsrechtsentwicklung in den USA seit den 1930er Jahren fördert dabei Parallelen zur EU zutage: Das Ringen um mehr Verantwortlichkeit ("accountability") für die als "kopflose vierte Gewalt" bezeichneten unabhängigen Regulierungsagenturen hält dort bis heute an und dient den Europäern teilweise als Vorbild.

## ...unter Kontrolle bringen

Während das Europäische Parlament eine stärkere parlamentarische Steuerung und

Beaufsichtigung fordert, bemühte sich der Gerichtshof zuletzt vor allem um das Schließen von Rechtsschutzlücken. Die Kommission hingegen ist gespalten. Einerseits bewirkt der vermehrte Einsatz von Agenturen, dass sie sich besser auf ihre politischen Kernaufgaben konzentrieren kann. Andererseits droht ihr durch diese Entlastung ein Machtverlust.

Die europäischen Verträge verlangen die demokratische Legitimation öffentlicher Hoheitsgewalt. Zugleich erfordert die ständig steigende technische Komplexität unserer Risikogesellschaften "neue Formen des Regierens" jenseits streng hierarchischer Strukturen.

Im interinstitutionellen Dialog von Kommission, Rat und Europäischem Parlament wird nun nach einem umfassenden Reformansatz gesucht. Dass der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon zumindest den Rechtsschutz der Bürger gegenüber EU-Agenturen stärkt, ist ein Schritt in die richtige Richtung. <<

## Weitere Information

Eine länger Version dieses Artikels kann am Blog von GLOBAL VIEW abgerufen werden:  
<http://www.globalview.at>



# Vaclav Klaus: One Vision of Europe

President Klaus is popular in the Czech Republic for his own specific view of what the EU should be. **Text** Mireille Pelletier

**V**aclav Klaus is a well-respected man in the Czech Republic who is not afraid to express his opinion. Considered to be one of the rare politicians who are truly capable of leading the state in the view of the Czech population, Mr Klaus is very influential. He is also founding member of the conservative Civic Democratic Party (ODS), one of the major Czech parties and currently the strongest in parliament.

## Klaus, Man of the State

Vaclav Klaus is a name that rings a bell in the Czech mind because of his important role in regime change after 1989 and for the economic transformation of the country. He is also a visible respected figure, even by people who do not share his beliefs.

"He chooses topics to attract people with different political backgrounds," notes Robert Schuster, editor-in-chief of the Prague-based "International Politics." "His support for a free market attracts liberals, his fight against gay-marriage the conservatives, his criticism against the Catholic Church and the nobility the communists." As a very charismatic communicator, many Czechs trust him and sup-

port his ideas because they believe that he cares about the well-being of his people.

## A Vision of Europe

It is, in fact, this precise personality trait that gives him a different outlook on the European Union. Recently, Mr Klaus was in the spotlight for his controversial opinion on the Lisbon treaty and his obstinate refusal of ratification. This only reflects his vision of the European Union in general, as he does not want the EU to be more than an improved free-trade area, and certainly not something that goes as far as a supra-nation.

"As a President's mission, Mr Klaus has to do everything necessary to protect the country's sovereignty," Mr Schuster illustrates. "He sees himself as the last custodian of Czech sovereignty and is against too much unification in the EU." According to Mr Klaus, unification would be seen as giving even more power to the EU and therefore represents a loss of sovereignty to the member states. They are left with fewer decisions domestically taken.

Mr Klaus is often categorized as eurosceptic because he is against further EU integration.

His decisions to delay the signing of the Lisbon Treaty and the demand for a footnote on the non-abolition of the Benes decess ensured Mr Klaus the support of the majority of the Czechs.

## The Czechs and the EU

One of the difficulties Czechs have with the EU is explained by Lubomir Kopecek, a political science professor in Brno, "Czechs generally have an acceptance of membership in the EU, but one important fact is that the EU is something that is in Brussels. It is not present in the Czech reality." Nevertheless, the Czechs' view of the EU is changing. Mr Schuster adds, "The EU Council Presidency of the Czech Republic this year contributed to a positive development. People were impressed by what even a small country like the Czech Republic can achieve on an international level." As a result, people got more interested in the EU.

In early November 2009, Mr Klaus finally ratified the Lisbon treaty, although he still claims that it constitutes a threat to Czech sovereignty. Mr Klaus' convictions and the request for the footnote opened a public discussion of the Lisbon treaty, which led to a better informed public.

Mr Klaus has never made an official statement on what the future EU should be, but his euroscepticism gives a rather pessimistic image of how he would imagine it. If it ever does turn out badly, he could politically use that failure to show people that he has warned them about the "dangers" of the EU and they should have listened to him. <<

## Further Information

A longer version of this article as well as interviews with Robert Schuster, editor-in-chief of the monthly "International Politics", and Lubomir Kopecek, a political science professor in Brno, can be found on the blog of GLOBAL VIEW:  
<http://www.globalview.at>





# Pause im Kampf gegen Korruption

**Maßnahmen gegen Korruption treffen? Justizreform durchsetzen? Unmöglich! Das Fehlen einer Regierung und die Präsidentschaftswahlen legen in Rumänien alles auf Eis und verschärfen das Chaos.**

**Text** Maria Cacenschi

**D**as Rennen um die rumänische Präsidentschaft brachte noch einmal die Hauptprobleme des Landes auf den Tisch. Mangelnde Rechtssicherheit, schlechte Infrastruktur und Korruption müssen von dem neuen Präsidenten bekämpft werden.

Der wiedergewählte Staatschef Traian Basescu trat schon während der Wahlkampagne für den Kampf gegen die Korruption ein und berief ein Referendum für eine institutionelle Reform des Parlaments ein. Diese Initiative wurde von einer überwiegenden Mehrheit der Rumänen befürwortet, die von einem von Korruption befreiten Rumänien träumt.

## Hartes Spiel ums Überleben

Doch die Realität liegt weit entfernt von dieser Vorstellung. Die in der Gesellschaft tief verwurzelte Korruptionskultur muss gebrochen werden, um an das Ziel zu gelangen. Dafür wird eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Politik und Justiz benötigt, die derzeit noch utopisch scheint. Sowohl Politiker als auch Richter würden dadurch gegen ihre persönlichen Interessen agieren, da sich die Kooperation in eine unerwünschte gegenseitige Kontrolle verwandeln könnte.

Die unabhängige Arbeitsweise bevorzugen beide Seiten, da sie so selbst entscheiden

können, wie sie gegen Korruption vorgehen, ohne die eigenen Geschäfte zu gefährden. Dadurch entsteht zwischen Politik und Justiz ein zynisches, auf Partnerschaft oder Schmiergeld basierendes Doppelspiel.

Bis vor dem Regierungssturz im Oktober 2009 wurden im Parlament einerseits Maßnahmen im Rahmen der Justizreform verabschiedet, andererseits nach Lösungen gesucht, um Korruptionsermittlungen zu stoppen. Durch die Regierungskrise wurde aber das Aufgabenspektrum der Parlamentsabgeordneten auf das Wesentliche reduziert – ungestörte Verwaltung der privaten mit öffentlichen Geldern finanzierten Geschäfte.

Auch die Justizbehörden scheinen dem eigenen Interesse Priorität einzuräumen, anstatt gegen Rechtsbrecher vorzugehen. "Verfahren werden oft bewusst verschleppt und eingestellt", so die ehemalige Justizministerin Monica Macovei. Somit kann Korruption auf hoher Ebene weiterhin reibungslos ausgeübt werden und Fälle wie jener von Ex-Premier Adrian Nastase stehen nur auf Papier, ohne verurteilt zu werden.

## Korruption auf allen Ebenen

Doch nicht nur bei prominenten Personen verschließen Richter bei Urteilen über Korruption ihre Augen. Auch durchschnittliche Beamte werden vor Gericht begünstigt.

Eine Studie der Allgemeinen Korruptionsdirektion (DGA) zeigt, dass seit 2006 über 6.000 Exekutivbeamte vor Gericht gebracht wurden – davon sind aber nur elf im Gefängnis gelandet.

Anhand dieser Tatsachen wird schnell deutlich, dass Korruption ein allgegenwärtiges Phänomen ist und Schmiergelder überall zu finden sind; sogar dort, wo es am wenigsten erwartet wird. So sind Ärzte auf Zusatzeinkommen angewiesen, Beamte lächeln freundlicher, wenn sie eine "kleine Aufmerksamkeit" bekommen und auch Lehrer zeigen mehr Nachsicht, wenn sie eine Kleinigkeit erhalten.

Das wird aber nicht als Korruption von den meisten Bürgern angesehen. Rumänien wird daher als "ein korruptes Land ohne korrupte Menschen" beschrieben, da es bisher kaum Verurteilungen gibt.

## Fazit

Die rumänischen Bürger wünschen sich zwar eine Lösung des Korruptionsproblems innerhalb des staatlichen Gefüges, sind sich jedoch der korrupten Aspekte ihres eigenen Handelns oft nicht bewusst. Eine regierungsfähige Mehrheit für das krisengeschüttelte Land wäre deshalb vonnöten, um den Kampf gegen Korruption auf allen Ebenen effizienter zu gestalten. <<

# Armenien und Türkei nähern sich an

Nach Jahrzehnten andauernder Feindschaft haben sich die Türkei und Armenien auf einen Annäherungsprozess verständigt. Initiationsriten auf dem Fußballplatz. **Text** Nadja Kwapil

**E**s war ein symbolträchtiges Ereignis, als der türkische Präsident Abdullah Gül seinen armenischen Kollegen Sarkissjan Mitte Oktober 2009 in Basru empfing. Der Präsident hatte zum Qualifikationsspiel Türkei – Armenien für die Fußballweltmeisterschaft 2010 eingeladen. Bereits 2008 war Gül seinerseits einer Einladung Sarkissjans gefolgt und zum Hinspiel nach Jerewan gereist.

Dies war der erste Besuch eines türkischen Präsidenten in Armenien überhaupt. Der Fußballplatz erweist sich offenbar als beliebte Anlaufstelle für zaghafte Annäherungsversuche und erste Zugeständnisse, vielmehr noch, als effektives Mittel der Diplomatie.

Im Oktober 2009 war es den Außenministern der einst verfeindeten Republiken gelungen, in der Schweiz ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Dieses sieht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Öffnung der seit 1993 verschlossenen Grenzen vor. Eine Kommission soll die beiden Staaten zudem bei der Aufarbeitung ihrer gemeinsamen Geschichte unterstützen; der Völkermord an Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges, hatte die Beziehungen zwischen den beiden Republiken völlig zerstört. Die Protokolle müssen nun von den Parlamenten beider Länder ratifiziert werden.

## Friede wider Willen

Ob der Ratifikationsprozess plangemäß voranschreiten wird, ist fraglich. In der Türkei üben aserbaidchanische Abgeordnete Druck auf die Regierung aus: Die Öffnung der Grenzen solle erst erfolgen, wenn Armenien aus der in Aserbaidschan gelegenen Enklave Berg Karabach abgezogen sei. Linksnationalistische Daschnaken machen indes in Armenien gegen die Annäherungsbestrebungen mobil – sie weigern sich partout die Massaker an den Armeniern anzuerkennen; und der armenischen Diaspora



PanARMENIAN Photo / Davit Hakobyan

Ein historisches Treffen zwischen dem armenischen und türkischen Präsidenten. Nach Jahren der gegenseitigen Blockade ist die Zeit reif für ein Zusammenrücken.

im Westen ist die Anerkennung der Massaker als Völkermord durch ihre türkischen Nachbarn wiederum wichtiger, als die Beendigung von Armeniens Isolation.

## Der Kaukasus im Visier

Außenpolitische Kräfte drängen hingegen zu einer Normalisierung der armenisch-türkischen Beziehungen. Die Unterzeichnung des Abkommens war unter sanftem Druck insbesondere der EU, Russlands und der USA zustande gekommen, welche die instabile Lage als Gefährdung ihrer eigenen Interessen sehen. Der Kaukasus gilt geostrategisch – weltweit – als begehrte Region.

So ist die EU bestrebt ihre Abhängigkeit von Russlands Gasversorgung durch die Errichtung der Nabucco-Pipeline auszugleichen. Eine Zulieferstrecke soll Gas von Turkmenistan über Aserbaidschan und Georgien in die Türkei befördern. Die EU-Kommission unterstreicht vor allem im Kontext der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei deren zunehmende strategische Bedeutung für Europa, insbesondere für den Bereich der Energiesicherheit.

Auch die NATO verfolgt ihre Pläne zur Osterweiterung, die Zusammenarbeit zwischen der Allianz und Armenien erfolgt derzeit auf Basis eines individuellen Partnerschaftsprogramms. Regelmäßige Konsultationen mit der Nato führten bis dato unter anderem zur Ausarbeitung von Sicherheitsstrategien und der Militärdoktrin Armeniens.

Die Partnerschaft Russlands mit Armenien ist hingegen historisch gewachsen, die gegenseitige Einflussnahme dementsprechend groß. Militärische Kooperation und Energielieferungen verbinden die beiden Staaten miteinander, 190 Millionen USD will Gazprom dieses Jahr in die armenische Energiewirtschaft investieren.

## Bündnisfragen

Damit Annäherungsbestrebungen anderer Staaten – beziehungsweise der EU – die Konsolidierung des Friedensprozesses zwischen Türken und Armeniern nicht beschädigen, müssen erneut Wege für Kompromisse gesucht werden. Wo man sich dabei trifft, wird zu klären sein. Der Fußballplatz böte sich an. <<



# Slowakisch-Ungarische Problemzonen

Jahrelang kühlten die Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn durch nationalistisch motivierte Politik ab. Es fehlt ein Rezept, um die Beziehungen wieder aufzuwärmen. **Text** Marietheres Potucek

**Köszönöm! Falsch:** Danke muss "Dakujem!" heißen. Seit 1. September 2009 verbietet ein Sprachgesetz in der Slowakischen Republik, in bestimmten Gemeinden Ungarisch als Amtssprache zu verwenden. Bei Verstoß drohen Geldstrafen zwischen 100 bis 5.000 EUR.

Kurz davor, am 24. August 2009, sollte eine Statue des Königs Stephan I., Nationalheiliger Ungarns, in Komarno in der Slowakei enthüllt werden. Dem ungarischen Präsidenten Laszlo Solyom wurde jedoch die Einreise untersagt und das Reiterdenkmal ohne ihn enthüllt. Er war entrüstet, doch das kümmernte seinen slowakischen Amtskollegen wenig. Robert Fico sprach von einer Provokation auf slowakischem Boden. Die Enthüllung fiel nämlich mit dem Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings zusammen, an dem 1968 auch ungarisches Militär in der Tschechoslowakei einmarschiert war.

## Mehr als bloße Rhetorik

Mit dem Ende der Tschechoslowakei und der Gründung eines slowakischen Staates 1993 kam zum ersten Mal ein Gefühl der Selbstständigkeit auf. Der Weg zu einem Nationalstaat ohne ungarischer Fremdherrschaft war eingeschlagen, doch nicht jeder teilte dieses Gefühl. Der erste ungarische Regierungschef nach 1989, Jozsef Antall, kündigte damals an, er wolle "in seiner Seele" Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn sein, also inklusive der ungarischen Minderheiten im Ausland. Diese Aussage blieb der slowakischen Bevölkerung als verbaler Angriff auf die nationale Einigung in Erinnerung.

Als weiteren Schritt zur Verfestigung ihrer Vorstellung eines Nationalstaates erließ die Slowakei 1995 eine Grenzreform. Die Kommunalgrenzen wurden so gezogen, dass die ursprünglichen Mehrheitsgebiete der Magyaren aufgeteilt und neuen Kommunen untergeordnet wurden. Somit kam in den mei-

sten Gemeinden keine ungarische Mehrheit mehr zustande, die Ansprüche auf Minderheitenrechte geltend machen konnte.

## Europäische Minderheiten

In der Slowakei muss der Anteil einer Ethnie innerhalb einer Gemeinde 20% betragen, um als Minderheit anerkannt zu werden. Vergleichlichen mit anderen Staaten Europas, unter denen eine Minderheit nicht als solche angesehen wird (10-30%), liegen 20% im Mittelfeld. "Es ist nicht nur eine Frage von Prozenten", betont Gero Fischer, Professor für Slawistik an der Universität Wien im Gespräch mit GLOBAL VIEW. "Das ist eine Frage von Demokratieverständnis und Toleranz, wie ein Staat mit seinen Minderheiten umgeht."

Alle Mitgliedstaaten der EU haben zwar das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates ratifiziert. Die Kompetenz liegt aber immer noch bei den Staaten selbst und das wird vermutlich länger so bleiben, da multilaterale Minderheitenrechte bisher nur ein minimales Niveau sichern können.

## Echte Lösung fehlt noch

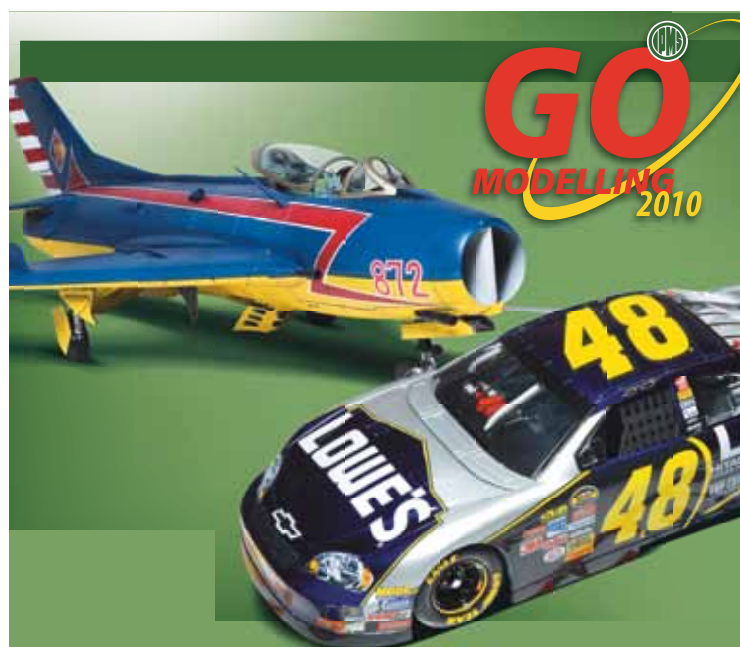
Ibolya Murber, Dozentin für ungarische Geschichte an der Universität Sopron sagt: "Die junge Slowakei bemüht sich um einen Nationalstaat, in dem die Zweisprachigkeit der ungarischen Minderheit nicht viel Platz hat." Un-

garn dagegen, ist gezeichnet von einer Wertekrise und dem Konflikt mit Roma und Sinti, der ein größeres Problem darstellt. Es kommt zwar zu Treffen zwischen den Ministerpräsidenten, aber die Nationalitätenfrage scheint ungeklärt denn je. Es bleibt zu hoffen, dass durch eine Stärkung der regionalen Zusammengehörigkeit mit einer europäischen Identität, die nationale Zugehörigkeit in den Hintergrund tritt. <<

## Weitere Information

Nationalitäten in Ungarn, 2009:  
Ungarn: 96%, Deutsche: 2%, Slowaken: 1%, Sonstige: 1%.

Nationalitäten in der Slowakei, 2009:  
Slowaken: 85,8%, Ungarn: 9,7%, Roma: 1,7%, Tschechen: 0,8%, Sonstige: 2%.



Go Modelling 2010 · [www.ipms.at](http://www.ipms.at)

Die österreichische Ausstellung  
für Maßstabsmodellbau

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM  
1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · [www.hgm.or.at](http://www.hgm.or.at)

# Politics is Running Behind

Conflicts are changing, politics not so much. Why increased emphasis on Cultural Diplomacy is a much needed paradigm shift that Austria is uniquely positioned to lead. **Text** Lukas N.P. Egger

**A**lthough we are still in the first decade of the 21<sup>st</sup> century, we have already witnessed the devastating effects of terrorist attacks, the atrocities in Darfur, and daily horrors in Iraq. Globalisation has reached warfare. Traditionally, military forces intervened by using hard power, but today most conflicts revolve around and arise within civil society where hard power is of limited use.

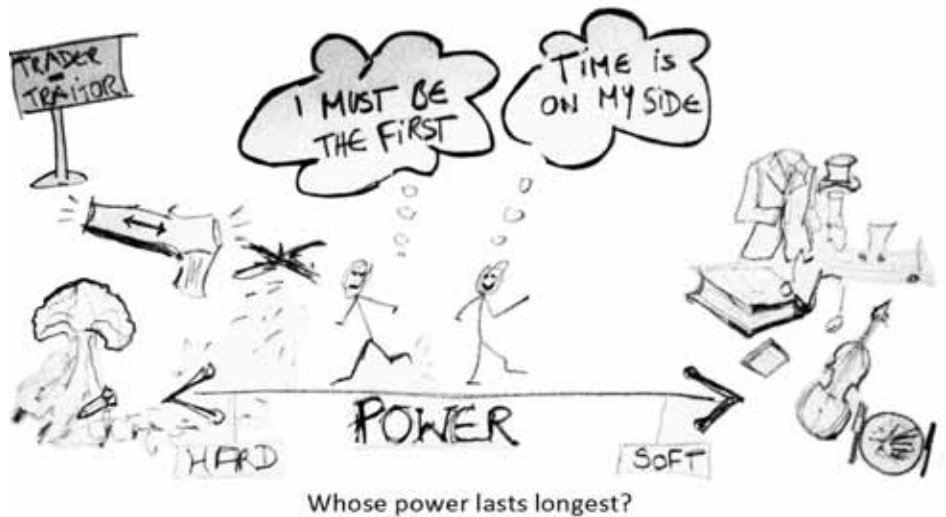
Mark Donfried, director of the "Institute for Cultural Diplomacy," provides an interesting example that exemplifies this paradigm shift: "Osama Bin Laden did not pay the people to fly into the World Trade Center, he did not make them do it out of fear; he attracted them." Mr Donfried believes that Bin Laden is a good although provocative example of soft power. "In a sense he was able to persuade them of his way, and they could believe him."

Not every conflict is a clash of civilisations, but "we see that more and more confrontation lines are being drawn around cultural identities" explains Ambassador Emil Brix, Director General for Cultural Affairs of the Austrian Foreign Ministry. As hostilities change, policies must adapt likewise to meet the challenges of conflict resolution and prevention.

## Caught Up in Old Politics

For a long time, cultural diplomacy functioned as a propaganda tool to win the hearts and minds of foreign audiences. The diplomacy of the past did not promote diversity but rather tried to export one's own culture. Mr Donfried summarizes the attitude: "We are something that is different from them and they should be more like us."

Mr Donfried and Mr Brix agree that the diplomacy of the future has to focus more on trust building and facilitating access to the political process for every part of society. This new form of diplomacy is already taking place outside the traditional diplomatic channels. Modern communication means like



Karikatur: Philippe und Sté-Tarnes

blogs and video-podcasts have inadvertently made diplomacy more democratic.

Only occasionally, however, such as in the aftermath of the Mohammed cartoons, is the profoundness of this fundamental change revealed. Ambassador Brix acknowledges that "politics is running behind but at least the politicians have realised that they have to regain trust." An old allegation holds that soft power is only used by those who do not have hard power available, however changes within civil society do not depend on the size of the state.

## What is Austria's Role?

Austria is in a privileged position because of its history and self-conception. With the multi-ethnicity of the Habsburg empire, integration and cultural diversity have always been important. Culture also strongly constitutes Austrian identity.

"The good thing about Austria is its overestimation of its own capabilities. Other countries take pride in their military or in their political influence in the world," says Ambassador Brix. "I, for one, much prefer if the majority of Austrians takes pride in being a

cultural nation. Which is not such a bad misconception after all."

As a neutral state, Austria is not suspected of having a hidden agenda for cultural hegemony and therefore a credible intermediary. The Austrian Foreign Ministry, for example, was able to arrange the first performance by Daniel Barenboim, founder of the West-Eastern Divan orchestra, in Cairo in 2009.

"I try to attract interest for Austrian culture," Ambassador Brix says. "Every state has its story. My role is to advertise our narrative and by doing so, to start a dialogue." The question is not "Am I less Austrian by being European?" but rather how we can promote integration while keeping diversity – a project we cannot afford to fail in. <<

## Further Information

Interviews with Mark Donfried, director of the "Institute for Cultural Diplomacy" in Berlin, and Ambassador Emil Brix, head of the Cultural Department of the Austrian Foreign ministry, can be found on the blog of GLOBAL VIEW:  
<http://www.globalview.at>



# Austria: The World and the Arts

Ein Kunstprojekt zum 9. Mai 2009 vom Österreichischen Kulturforum in Belgrad.

Wie österreichische Kulturforen dafür sorgen, ein repräsentatives Bild der Kulturlandschaft zu vermitteln und gleichzeitig nachhaltige Partnerschaften aufbauen. **Text** Marlen Ungersböck

**D**ie Schaffung internationaler Momente der Aufmerksamkeit für das kreative Österreich – dieses Ziel hat sich die Kulturpolitische Sektion des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten gesetzt. Exakt 30 über den Globus verstreute Kulturforen arbeiten intensiv daran, ein facettenreiches Bild der österreichischen Kulturlandschaft zu vermitteln. Von Peking über Kairo bis nach Neu Delhi kreieren die inhaltlich eigenverantwortlichen Foren eine farbenfrohe Kulturlandschaft, die jene in "The Sound of Music" porträtierten grünen Hügeln des Salzburger Landes weit übertrifft.

## Videokunst versus Mozart

Um nicht nur auf klassische Musik reduziert zu werden, wird der Fokus in vielen Kulturforen auf zeitgenössische künstlerische Ausdrucksformen gerichtet. So wurde im Dezember 2009 im Austrian Cultural Forum New York eine Ausstellung zum Thema "Videorama: Absurdität, Subversion und Form in Österreichischer Videokunst" gezeigt.

Das österreichische Kulturforum in Belgrad widmet sich 2010 im Rahmen des Förderprogramms "The New Sound of Austrian Music" österreichischen Nachwuchsmusikern aus den Musiksparten World, Pop, Neue Musik und Jazz. Konkret geplant ist bereits ein Konzert mit dem Ensemble "Soap & Skin", das vor kurzem den Amadeus Austrian Music Award 2009 erhalten hat. Das österreichische

Kulturforum in Tel Aviv plant eine "Austrian Electronic Night" mit cutting edge Gruppen wie den Sofa Surfers.

So farbenfroh Kultur tatsächlich ist, so bunt wird sie in den unterschiedlichsten Kulturforen umgesetzt. Deswegen werden auch verstorbene Berühmtheiten und Klassiker der österreichischen Kunst- und Literaturszene ins rechte Licht gesetzt. Joseph Haydn findet etwa in Spanien, als auch in Russland Beachtung; in Athen wird Ende 2009 das Wiener Mozart Orchester dem Komponisten einen Tribut zollen.

Neben Kunst wird in einigen Kulturforen aber auch Sprache vermittelt. Im Österreichischen Kulturforum Teheran werden zum Beispiel auf zwölf verschiedenen Niveaustufen mehr als 100 Deutschkurse pro Jahr angeboten. Zudem fungieren Kulturforen als Institutionen, auf dessen Boden wissenschaftlicher Austausch stattfinden kann.

Andreas Stadler, Direktor des Kulturforums in New York, fasst im Gespräch mit GLOBAL VIEW zusammen: "Man muss sich das Kulturforum vorstellen wie eine Mischung aus Kunsthalle, Konzerthaus, wissenschaftliches Institut und Förderstelle."

## Kreativität verbindet

Wie vielfältig die Arbeit einzelner Foren somit auch ist, ihnen allen kommt, ganz im diplo-

matischen Sinne, eine vereinende Aufgabe zu. Jenseits von Herkunft und Ideologie sind selbst Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen hinsichtlich ihrer Gefühle, Sehnsüchte und Wünsche einander sehr ähnlich. Wolfgang Thill, Leiter des Kulturforums Teheran, sieht das bindende Element der Kulturarbeit darin, dass Menschen, die in unterschiedlichen politischen Systemen und Ländern leben, sich "über den Weg allgemeiner menschlicher Fragen leicht näher kommen".

Stadler erweitert die Bedeutung der Kulturarbeit, indem er aufzeigt, dass Kulturarbeit nicht nur die heutige Kreativität im Ausland bekannt machen soll; sie wirkt auch umgekehrt, internationalisiert und entprovinzialisiert. Es handelt sich um eine "Gegenverkehrsfahrbahn und keine Einbahnstraße". In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass die österreichische Kulturlandschaft in Zukunft in aller Herren Länder weiter Brücken bauen wird, um Menschen unterschiedlichster Herkunft einander näher zu bringen. <<

## Weitere Information:

Am Blog befinden sich Interviews mit den Leitern der Österreichischen Kulturforen in Belgrad, Dr. Anna Jankovic, in New York City, Mag. Andreas Stadler, und in Teheran, Dr. Wolfgang Thill.

<http://www.globalview.at>



# EU-Kommunikation auf lokaler Ebene

Die Europadiskussion wird mit Hilfe nationaler, regionaler und lokaler Initiativen mehr zu den österreichischen Bürgern gebracht und bietet die Möglichkeit zum Dialog. **Text** Michael Fuker

**M**ehr Bürgernähe und bessere Kommunikation mit den Bürgern sind die zwei wichtigsten Ziele der Europäischen Kommission. Um diese Ziele erreichen zu können, gilt es auf europäischer und lokaler Ebene Ansprechpartner, Institutionen, Initiativen und Kommunikationskanäle für den Bürger zu schaffen.

## Europadialog

Außenminister Dr. Michael Spindelegger hat durch seine positiven Erfahrungen in einer "EU-Zuhörtour" durch Österreich 2008, Vorschläge für mehr Dialog und Diskussion zu europäischen Fragen dem Ministerrat präsentiert. Die Bundesregierung hat sich am 9. Mai 2009 darauf geeinigt, dass der Europadialog institutionalisiert, regionalisiert und konkretisiert werden soll. Mit der Einrichtung von Europaforen in jedem Bundesland, welche zu einem Europaforum Österreich zusammengefasst werden und einmal im Jahr zusammen treffen, soll der Europadialog in die Länder gebracht werden. Auf regionaler und lokaler Ebene sollen Landtage und Bürgermeister verstärkt als Kontaktpunkte in EU-Fragen dienen. Zusätzlich gehören die Europaausschüsse der Landtage stärker einbezogen und eigene EU-Gemeinderäte oder EU-Beauftragte in den Gemeinderäten eingeführt.

Um die EU-Bürger über aktuelle Beschlüsse auf EU-Ebene am Laufenden zu halten, sind die Mitglieder der Bundesregierung in Zukunft aufgerufen, mit Verwendung moderner Kommunikationsmittel zu informieren. Laut

dem Eurobarometer im Frühjahr 2009 hat die Mehrheit der Österreicher (69%) das Gefühl, dass ihre Stimme im eigenen Land zählt, aber nur 37%, dass ihre Stimme in Brüssel relevant ist. Zusätzlich besteht bei einer relativen Mehrheit (48%) das Bedenken, dass Österreichs Stimme innerhalb der Europäischen Union nicht ausreichend wahrgenommen wird und Österreichs Interessen in Brüssel wenig bis gar nicht berücksichtigt werden. Es besteht also dringender Handlungsbedarf in der EU-Kommunikationspolitik auf europäischer und lokaler Ebene.

## Initiativen in Österreich

Die Aktion "Europaschirm" der Wirtschaftskammer Österreich und des österreichischen Gemeindebundes ist ein Beispiel für einen erfolgreichen Europadialog in Österreich und ist aufgrund der großen Nachfrage österreichischer Gemeinden noch immer auf Tour. Bei mehr als 302 Gemeindeveranstaltungen bisher wurde interessierten Bürgern die Möglichkeit des direkten Dialogs mit EU-Experten geboten. Dabei werden offene Fragen beantwortet, Vertrauen aufgebaut, aber auch die Möglichkeit für die Bürger geboten, ihre Meinung über die EU in Form eines kurzen Fragebogens zu äußern. Die Aktion wurde vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit dem "civil society prize" geehrt.

## Partnerschaft mit Zukunft

Die Europa-Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und der Republik Ös-

## Weitere Information:

Am Blog von GLOBAL VIEW befindet sich eine längere Version dieses Artikels.  
<http://www.globalview.at>

terreich wurde am 1. Juli 2008 geschlossen und beinhaltet gemeinsam beschlossene Projekte wie etwa "Europabildung 2015", "Europa bei uns" und "Europa erschreiben".

Der Grundgedanke dieser Partnerschaft ist, gemeinsam die Öffentlichkeit besser über Europa zu informieren und einen offenen und kritischen Diskurs über die EU anzuregen. Die Partner planen und organisieren gemeinsam Projekte, wie etwa Informationen zur Wahl des Europäischen Parlaments und werden zu 100% aus den Gemeinschaftsmitteln der EU finanziert.

Die Komplexität und Einzigartigkeit von Entscheidungsprozessen der EU sind schwer zu verstehen und werden in der Bildungspolitik der Mitgliedstaaten zu wenig beachtet. Um eine gute Kommunikation voraussetzen zu können, gilt es die lokalen Zielgruppen zu kennen und angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Kommunikationskanäle und Informationen der EU müssen lokalen Bedürfnissen angepasst werden und in jener Sprache vermittelt werden, welche die Bürger verstehen. Umgekehrt muss die EU die lokale Ebene mehr wahrnehmen, um aus ihrer Kommunikation zu lernen. <<



INVESTMENTSERVICE

**Wir investieren in Österreich.**  
 In unsere Wirtschaft. In unsere Gemeinden.  
 In unsere Kinder. Und Sie profitieren davon.  
**Das ist das Unternehmen Österreich der BAWAG PSK.**

[www.unternehmenoesterreich.at](http://www.unternehmenoesterreich.at)



**BAWAG**  
EINE MARKE DER BAWAG PSK



# Mein Yogalehrer mag mich nicht

Text Julia Pass

Bei manchen Bobo-Trends darf man mitziehen, hab ich mir gedacht. Körper, Geist und Seele miteinander in Einklang zu bringen, klingt schon leiwand, hab ich mir gedacht. Also, auf zum Kultsport des aufgeschlossenen Mittzwanzigers: auf zum Yoga! Es hat sich nur ein klitzekleines Problem ergeben: mein Yogalehrer mag mich nicht. Mit meinem neu gekauften Sporthoserl und Leiberl (Schuhe nicht erwünscht) bin ich dem Ruf der ganzheitlichen Glückseligkeit gefolgt. Leider der Glückseligkeit für Fortgeschrittene. Zwei Stunden lang habe ich nervös die motivierte Dame vor mir beobachtet. Die kann sich wunderbar einrollen, ausrollen und ihre Beine verknoten.

Ich habe mich sehr angestrengt, nicht unangenehm aufzufallen und bin nach absolviertem Stressausklang zum Herrn Yogalehrer getapst. "Ich habe aus Versehen den falschen Kurs gebucht. Und. Ähm. Gefallen hat's mir aber. Könnte ich vielleicht zu den Anfängern wechseln?" Seine stets unverzogenen Gesichtszüge haben mir ein ausgeglichenes Okay gegeben. Also drei Tage später auf ein Neues!

Mittlerweile ein wenig verkühlt, befinde ich mich wieder auf der roten Matte. Nonkonformistisch, im Schneidersitz ruhend, liest unser Mentor die Namen vor. Ich stehe nicht auf der Liste. "Ähm, wir haben uns ja ausgemacht, dass ich den Kurs wechseln darf...", erinnere ich ihn zaghaft. Seine gelassenen Augen werden ein bisschen ungelassener. "Aha. Da hast du jetzt aber Glück gehabt. Da bist du jetzt einfach zweimal in der Woche gekommen. Absolute Ausnahme. *Absolute* Ausnahme! Nur, dass das klar ist." Ich nicke beklommen und spüre an die zwanzig Blicke in meinem schmerzenden Nacken kleben. Darf ich mich vorstellen: die Yogaschnorrenin aus der zweiten Reihe!

Endlich machen wir weiter und grüßen die Sonne. Die kitzelt bekanntlich in der Nase und ich greife zu der neben mir liegenden Taschentuchpackung, um mich zu schnäuzen. Der Herr Yogalehrer unterbricht den Sonnengruß und sagt über mich hinwegsehend: "Aja. Noch etwas. Wenn ihr auch nur den leisesten Hauch einer Verköhlung spürt, kommt *nicht!* Das ist ja nix, wenn ihr dann mit euren grauslichen Schnäuzfetzen antanz. Entschuldigt, wenn ich das jetzt so sage, aber ich finde das wirklich asozial, verkühlt hier mitzumachen." 20 Blicke haften an der yogaschnorrenden Asozialen. Ich weiß nicht, ob ich jetzt gehen soll, oder ob mich die Yogameute ohnehin im allgemeinen Einklang aus Boboville hinausmeditieren wird.

Ich entscheide mich dafür, so zu tun, als fühlte ich mich nicht angesprochen. Aufgewühlt fokussiert sich all meine Konzentration jetzt darauf, kein Nasensekret mehr zu produzieren. Unliebliche, für Körper, Geist und Seele giftige Gefühle gegen den Herrn auf der Vorzeigebühne stören meine innere Mitte. Nach dem Kurs ziehe ich mir schnell alles verkehrt herum an und flüchte enttäuscht. Ja, wirklich. Enttäuscht. Ich denke immer, dass Menschen wie Yogalehrer harmonieorientiert sein müssen. Und mit idealistischer Nächstenliebe aufgefüllt. Naja, learning by doing.

Nach den ersten Wutstunden habe ich entschieden, trotzdem weiter hinzugehen. Nicht nur wegen des bereits bezahlten Kursgeldes. Ich habe mich dazu entschlossen, mir sicher zu sein, dass der schnippische Mann prinzipiell ein liebeswerter Zyniker ist. Dass er an dem Tag einfach aus dem Gleichgewicht war. Unermüdlich bemühe ich mich, mich von meinen negativen Energien ihm gegenüber zu reinigen. Und sehe meinen Yogalehrerkonflikt einfach als Zusatzübung an. Ommm!

# Made in Iraq

**In den Wirren des Dritten Golfkriegs stürmten Plünderer Museen und durchwühlten historische Stätten im Irak. Beutestücke dieser Raubzüge tauchen nun im internationalen Kunsthandel auf.**

**Text** Werner Polzhuber

**M**öglicherweise aus Troja", meinte die Geschäftsführerin des Münchner Auktionshauses Hirsch zur Herkunft jenes antiken Goldgefäßes, das 2005 Zollbeamte beschlagnahmten.

Das Münchner Finanzgericht ist anderer Ansicht: Aufgrund zweier Gutachten stellte das Gericht fest, dass es sich um irakisches Kulturgut handelt, das unrechtmäßig nach Deutschland eingeführt wurde. Das ist kein Einzelfall. Bei einem Kölner Kunsthändler konnte eine Bronzeaxt sichergestellt werden, die Archäologen dem Sumerer-König Schulgi zuordnen. Das 4.000 Jahre alte Stück wurde im Februar 2009 seinem Eigentümer zurückgegeben – der Republik Irak.

Beide Fälle wurzeln in der prekären politischen und wirtschaftlichen Situation zwischen Euphrat und Tigris: Mit dem Sturz Saddam Husseins zerfiel auch das Sicherheitsnetz der irakischen Antikenbehörde. Ohne Wächter boten sich 10.000 archäologisch interessante Orte als Quelle hoher Profite geradezu an. Die Armut der Bevölkerung verlieh der Gier Einzelner die Wirkung eines Flächenbrands.

## Verboten und begehrt

Im Irak, in Syrien und der Türkei besteht seit 1869, als das Gebiet noch zum Osmanischen Reich gehörte, ein Ausfuhrverbot für archäologische Objekte. Die Einfuhr irakischen Kulturguts in die EU ist seit Mai 2003 verboten, sofern keine Exportbewilligung des Irak vorliegt. Zuvor galt ein Handelsembargo, das der UN-Sicherheitsrat 1990 verhängte.

Trotz gesetzlicher Schranken gelangen Antiken aus dem Alten Orient auf den europäischen Kunstmarkt. Händlern und Käufern droht ein Strafverfahren wegen Hehlerei, doch oft wird das Verfahren aus Beweismangel eingestellt. So geschehen in den oben genannten Fällen in München und Köln.

Eine Sondereinheit der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) konnte bislang einige tausend Stücke weltweit sicherstellen. Erschwert wird die Fahndung dadurch, dass Beute aus Raubgrabungen nicht registriert ist. Das macht die Identifizierung als irakisches Kulturgut schwierig.

## Schutzloses Nationalmuseum

Bereits unter dem Regime Saddam Husseins kam es zu Plünderungen archäologischer Stätten. Teils wurde dies von der Staatsführung geduldet, um einflussreiche Stammesführer wohlwollend zu stimmen.

Mit Kriegsbeginn 2003 explodierte jedoch das Ausmaß der Zerstörung: Bagdad war eingenommen und das Erdölministerium gesichert. Dem Schutz des Nationalmuseums in der irakischen Hauptstadt widmeten sich US-Streitkräfte erst Tage später. Bis dahin erbeuteten Diebe 15.000 Exponate.

Heute gelten noch 9.000 Objekte des Museums, das in eine Hochsicherheitszone verwandelt wurde, als vermisst. Ungleich größer ist der Schaden außerhalb Bagdads, wo lokale Stämme die Kontrolle übernommen haben. Um ihre Bewaffnung zu finanzieren, plündern sie die Gräber der Ahnen.



Foto: Römisch-Germanisches Zentralmuseum Mainz

**Ein Goldgefäß, das vermutlich vom Königsfriedhof der mesopotamischen Stadt Ur stammt: 4.500 Jahre alt, sechs Zentimeter hoch und mehr als eine Million EUR wert.**

## Erbe der Menschheit

Nach der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten 1954 sind Vertragsstaaten dazu verpflichtet, Diebstahl, Plünderung oder sinnlose Zerstörung von Kulturgut zu verhindern. Der US-Generalstab hatte sich 1995 für die freiwillige Einhaltung der Konvention ausgesprochen.

Aufgehalten wurde der Kulturraub im Dritten Golfkrieg dennoch nicht. Es mag ein schwacher Trost sein, dass die USA im März 2009 die Konvention ratifiziert haben.

Die künftige Entwicklung des Irak bestimmen viele Faktoren. Strenge Antikengesetze und eine konsequente Verfolgung der Hehlerei im Ausland können aber dazu beitragen, dass es eine irakische Zukunft mit Vergangenheit gibt. Es geht nicht nur um nationales Kulturgut. Bedroht ist das Erbe der Menschheit. <<



# "Wir nehmen uns viel zu wichtig"

Gerry Hofstetter, ein Schweizer Lichtkünstler, im Gespräch mit GLOBAL VIEW über Eisbären am Südpol, Kunst und Klimawandel.

Interview Paula Resch

**Im Jahr 2003** projizierten Sie Bilder von einem Eisbären auf einen Eisberg in der Antarktis. Wie kam es dazu?

Das erste Mal, dass ich etwas beleuchtet habe, war das ein Hotel in St. Moritz. Da habe ich bemerkt, dass die enorme Wucht von Bildern woanders hingehört. Ich bin ein extrem naturverbundener Mensch und habe auch meinen Militärdienst im Gebirge verbracht. Da ich sehr gerne reise, bin ich auf die Idee gekommen, Bilder auf Berge, Eisberge und in die Wüste zu projizieren. Das ist ein ideales Tool, um den Menschen die Umwelt näher zu bringen. Ich habe dieses berühmte Bild "Der Eisbär" in die Antarktis projiziert, auch wenn er eigentlich nicht dort, sondern am Nordpol wohnt. Das war nicht nur eine Expedition, sondern auch eine gefährliche Geschichte, sich so nahe an die Eisberge zu wagen.

*Warum engagieren Sie sich so für den Klimawandel mit ihren Projekten?*

Es ist nicht nur der Klimawandel für den ich mich engagiere. Ich habe auch schon für Tiere

projiziert. Derzeit bin ich in einem Projekt für den Elefanten mit dem Zürcher Zoo involviert. Im Jahr des Wassers 2003 war ich in der Antarktis, im Prinzip gehört das alles irgendwie in den Klimabereich.

Ich habe auch schon für die UN-Flüchtlingskommission, für die ich in der Schweiz Botschafter bin, Bilder projiziert. Es entstehen mehr Flüchtlinge durch Klimaveränderung als durch Krieg. Das Klima betrifft alle: die Menschen, die Tiere, das Wasser. Alles.

Das Thema wird jedoch oft in eine falsche Richtung gedroschen – von Politikern, Geschäftemachern oder Opportunisten.

Aber es ist sensationell: Durch Unternehmen, die mich engagieren, wird die Botschaft meiner Projektionen weiter verteilt. Jetzt habe ich Kunst und Kommerz vereint. Meine Bilder werden von Unternehmen für ganze Kommunikations- und Werbekampagnen genommen und stehen daher für klimaschützende Produkte.

*Was erhoffen Sie sich vom UN-Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen?*

Ich finde, der Klimagipfel kann nicht wichtig genug sein. Das Resultat wird sein, dass die Welt durch die Medien wieder aufgerüttelt wird. Der Mensch kann nur in seinem Verhalten geändert werden, wenn es um sein Überleben geht. Die Erde hat sich über Millionen von Jahren gewandelt. Wir können Dinge nicht ändern, die in direktem Zusammenhang mit Geburt und Evolution und dem Absterben

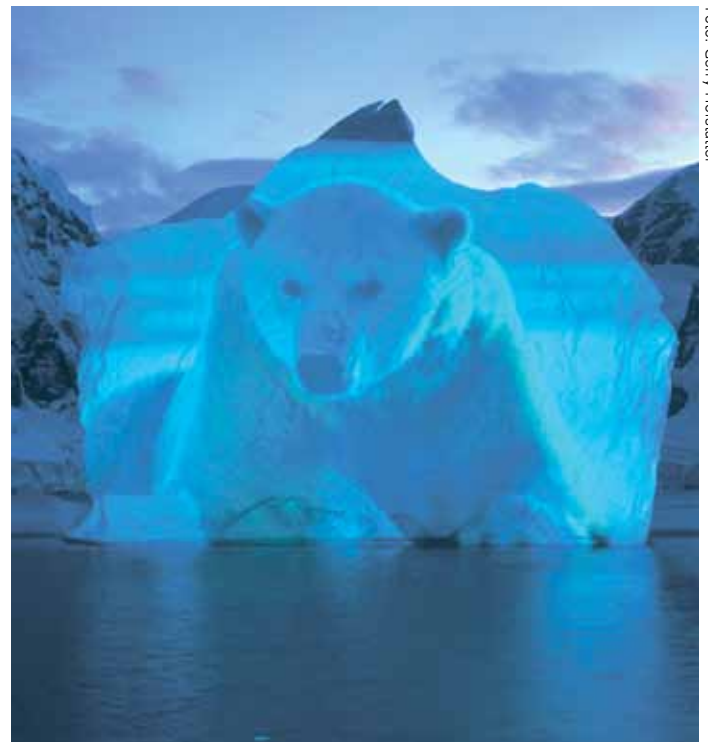


Foto: Gerry Hofstetter

**Keine Photoshop-Bearbeitung sondern Realität: Gerry Hofstetter projizierte einen Eisbären auf einen Felsen in der Antarktis.**

der Erde stehen. Irgendwann ist finito mit uns. Wir nehmen uns viel zu wichtig.

*Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?*

Das größte Projekt, das ich jetzt plane, ist die Beleuchtung vom Gletscher des Kilimandscharo mit Bildern von Flüchtlingen. Der Kilimandscharo ist ein UNESCO-Monument. Es gibt ja immer mehr Flüchtlinge wegen Klimaproblemen, Überschwemmungen, und natürlich auch Krieg. Afrika ist ein Kontinent mit vielen Problemen in dieser Hinsicht.

Dieses Projekt ist eine gigantische logistische, körperliche, mentale, aber auch technische Herausforderung. Das fängt damit an, dass ich auf 6.000 Meter Strom benötige, den ich hinauftragen muss, aber ich habe immer Ideen um derartige Probleme zu lösen und zum Glück stehen immer alle Projektteilnehmer bedingungslos dahinter, auch wenn es gefährlich wird. <<



Foto: Gerry Hofstetter

## In brief:

Gerry Hofstetter ist seit 1999 weltweit als Lichtkünstler aktiv. Er projiziert für die verschiedensten Regierungen, Institutionen und Unternehmen. Nicht nur Berge und Wüsten, sondern auch das Brandenburger Tor, die Pyramiden von Gizeh und antarktische Eisberge wurden von ihm in leuchtende Kunstwerke verwandelt.

Am Blog von GLOBAL VIEW befindet sich eine längere Version dieses Interviews: <http://www.globalview.at>

# Heiße Debatten in der kalten Jahreszeit

Die Debattierclubs des Akademischen Forums für Außenpolitik vernetzten sich bei einem vorweihnachtlichen Freundschaftsturnier in Salzburg. **Text** Kay-Michael Dankl & Simon Hofbauer

**A**m 11. Dezember 2009 konnte endlich ein lang erwartetes Freundschaftsturnier in den Räumlichkeiten der Österreichischen Hochschülerschaft Salzburg stattfinden, an dem Debattierclubs aus Wien und Salzburg teilnahmen. Ein durchaus nicht ganz ernst gemeintes Thema wurde für die abendliche Debatte ausgewählt.

Eingedenk des Klimagipfels in Kopenhagen und des thematischen Semesterschwerpunkts des AFA-Salzburg, die Frage, ob ein österreichisches Bundesland der Bevölkerung der vom Anstieg des Meeresspiegels akut bedrohten maledivischen Inselgruppe zur Verfügung gestellt werden sollte.

## Emotionale Debatten

Gemäß dem Format der Offenen Parlamentarischen Debatte (OPD) gruppierten sich die Diskutierenden aus Salzburg und Wien in die beiden Fraktionen Regierung und Opposition, die vor Beginn der eigentlichen Debatte jeweils 15 Minuten zur Vorbereitung ihrer inhaltlichen Positionen und Redebeiträge hatten. Dem allgemeinen Wunsch zur Förderung des gegenseitigen Kennenlernens folgend, wurden die Fraktionen von Mitgliedern beider Teams gebildet.

Die Stimmung bei den Rednern nach dem ersten Freundschaftsturnier der AFA-Debattierclubs am 11. Dezember 2009 in Salzburg war bestens.



Die emotional geführte Debatte, die immer wieder zum Schmunzeln anregte, verlief ausgewogen und zeigte, dass alle Teilnehmer auf gleicher Augenhöhe debattieren können. Im Anschluss an das erfolgreich ausgerichtete Freundschaftsturnier wurde das gegenseitige Kennenlernen bei einer Tasse Punsch am Salzburger Christkindlmarkt weiter vertieft.

## Zukunftsvision des DC

Das Freundschaftsturnier des AFA-Debattierclubs RedeSalz ist ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Vision einer stark vernetzten österreichischen Debattierszene. Unser gemeinsames Ziel ist der Aufbau von Debattierclubs an allen größeren Universitätsstandorten in Österreich.

Das AFA stellt den idealen institutionellen Rahmen für eine beständige Weiterentwicklung der Debattierkultur in Österreich dar und ist federführend in der Vernetzung zwischen allen aktiven DCs in Österreich und dem nahen Ausland. Weitere Freundschaftsturniere mit Beteiligung von Debattierclubs aus Norditalien und Süddeutschland sind für das anstehende Sommersemester geplant und befinden sich bereits in Vorbereitung. <<



## RedeSalz – Debattierclub des AFA-SALZBURG

Der Debattierclub RedeSalz wurde im Jahr 2002 als erster Debattierclub Österreichs von Professoren und Studierenden der Universität Salzburg gegründet und blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück.

In der ersten dynamischen Entwicklungsphase wurden wertvolles Know-how und Erfahrungswerte rund ums Debattieren aufgebaut. Die Zeit der personellen Ausdünnung und des Routinebetriebs wurde durch die 2008 erfolgte Integration des DC RedeSalz in das AFA-SALZBURG überwunden.

Dank des stabilen Rahmens und der beständigen Strukturen des AFA, sowie des Engagements des neuen Teams konnte an die frühen Erfolge des DC angeknüpft werden. Seither wurde das Veranstaltungsangebot kontinuierlich ausgebaut.

Neben wöchentlichen Debatten im Format der Offenen Parlamentarischen Debatte (OPD) findet jeden Mittwoch ein Vertiefungsmodul statt, bei dem Einzelaspekte der praktischen Rhetorik näher beleuchtet werden. Um die Studierenden besser zu erreichen und die österreichweite wie internationale Vernetzung zu forcieren, organisiert der DC regelmäßige Showdebatten und Freundschaftsturniere.

Weitere Informationen über den AFA-DC RedeSalz sind online zu finden: <http://www.debattierclub.org>  
Kontakt: [kay-michael.dankl@afa.at](mailto:kay-michael.dankl@afa.at)

# America, the Beautiful

Im Herbst 2009 unternahm das AFA seine bislang weiteste Reise. Anlässlich Österreichs Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat führte die Reise nach New York und Washington DC. **Text** Gregor Waldhauser

**A**FA Studienreisen haben das Ziel, Lehre und Vergnügen zu kombinieren. Beides kam in den zehn Tagen Mitte September 2009 in New York und Washington DC nicht zu kurz. Nach einem Direktflug von Wien nach New York City wurden wir von einem Transferdienst ins Herz von New York City, nach Manhattan gebracht. Bei allen Teilnehmern waren die Strapazen eines zehnstündigen Fluges schnell vergessen, als sie den hell erleuchteten Times Square mit der überwältigenden Leuchtreklame sahen.

Bereits am nächsten Morgen begann unser intensives Programm mit einem Besuch bei der United Nations Association – USA. Wir wurden bereits erwartet und es wurde sich viel Zeit genommen für eine ausführliche Beschreibung der Tätigkeit der UNA-USA und einen Erfahrungsaustausch. Ebenso geduldig ließen unsere Gastgeber die endlosen Posierungen für Fotos vor der US-Flagge über sich ergehen. Nach einer kurzen Mittagspause erhielten wir eine hastige und oberflächliche Führung durch das UN-Hauptquartier.

## Im New Yorker Rathaus

Am zweiten Tag hatten wir das Privileg, im New Yorker Rathaus empfangen zu werden. Miss Joan Bright führte uns zwei Stunden durch das Rathaus und unterhielt uns mit zahlreichen Informationen und spannenden Anekdoten zugleich.



Das AFA besuchte bei ihrer US-Reise auch ihre Schwesterorganisation, die UNA-USA in New York City.

Die im Anschluss daran stattgefundene "Walking Tour of the World Trade Center" ließ uns auf bedrückende Weise den 11. September 2001 noch einmal erleben. Den Start machte die Ausstellung im WTC Tribute Center. Die Walking Tour wurde von zwei Personen veranstaltet, die selbst Angehörige bei dem Anschlag am 11. September verloren hatten. Diese knapp dreistündige Tour musste von jedem Teilnehmer eigens vorbereitet werden, deshalb gab es im Anschluss keine weiteren Programmpunkte.

## Österreichs Institutionen im Visier

Der von uns genannte "Österreich-Tag" führte uns in das Österreichische Konsulat, das Kulturforum und zu Botschafter Thomas Mayr-Harting, der Österreich seit Jänner 2009 im UN-Sicherheitsrat vertritt. In allen Einrichtungen war der Empfang äußerst herzlich, es gab viel Zeit für Diskussionen und für die Beantwortung unserer Fragen.

Im österreichischen Konsulat genossen wir eine von Konsul Ulrich Frank veranstaltete Hausführung, inklusive aller Arbeitsplätze und der schönen Hauskapelle. Der New York-Besuch wurde durch Sightseeing zur Freiheitsstaue, dem Empire State Gebäude und anderen Sehenswürdigkeiten abgerundet. Nach einem Erholungstag, den die meisten Teilnehmer für Museumsbesuche und zum Einkauf nutzten, fuhren wir mit



einem bequemen Reisebus nach Washington DC.

## Besuch des US State Department

Bereits bei unserer Ankunft bestätigte sich der Verdacht, dass die zwei geplanten Tage für diese beeindruckende Stadt viel zu wenig waren. Bei sommerlichen Temperaturen besuchten wir das US State Department, wo wir freundlichst empfangen wurden. Es folgte ein einstündiges höchst interessantes Treffen mit Mr. Anderson, dem Sekretär des Büros für die Internationalen Organisationen, auf das er sich intensiv vorbereitet hatte. Bei einem Gruppenfoto gab uns Mr. Anderson zu verstehen, dass wir jederzeit im State Department willkommen sind.

Zum Abschluss des offiziellen Programms dieser Reise besuchten wir die österreichische Botschaft. Botschaftsrat Kordik empfing uns zu einem intensiven Vortrag von Alexander Ochs über Nachhaltigkeitsstrategien. Den letzten Tag verbrachten wir mit Museumsbesuchen und Sightseeing.

Die Studienreise war in jeder Hinsicht ein Erfolg. Darum veranstaltet das AFA bereits im Mai 2010 die nächste Reise. Diesmal geht es "nur" nach Washington DC, um der Vielfalt dieser Stadt gerecht werden zu können und vielleicht doch die Chance zu bekommen, ins Weiße Haus eingeladen zu werden. <<



# HISTOMUN – Time Travel is Possible

From 8 – 14 March 2010, participants of the 3<sup>rd</sup> Vienna International Historic Model United Nations (HISTOMUN) will not only step into the shoes of diplomats, but also travel in time. **Text** Barbara Cucka



**Every year, countless** Model United Nations conferences take place all over the world: conferences targeting high school students, college or university students both at national and international level. These MUN conferences share the common goal to help young people gaining a better understanding of the workings of the United Nations and to foster interest in international affairs.

HISTOMUN adds another dimension to this traditional approach. Following its motto "To prepare for the future, we have to understand the past" participants discuss historic crises still influencing today's politics. HISTOMUN delegates consequently gain a better understanding of the historic roots of today's challenges in international affairs.

The UN Security Council in 1967 adopting a resolution regarding "the establishment of a just and lasting peace in the Middle East."



UN Photo / Yutuka Nagata

## A Special Challenge

In addition to the traditional challenge of representing a country other than their own, delegates at HISTOMUN have to do so at a different time in history as well. Participants at HISTOMUN have to ignore the consequences "their crisis" had on later developments: Delegates discussing the Lebanon Crisis in 1958 have to ignore that the events they are discussing ultimately lead to a US intervention only weeks after the Security Council meeting they are simulating; participants in the 1994 simulation on Rwanda have to blank out the fact that the events they are discussing will be related to genocide; delegates in the 2001 meeting on Afghanistan have to ignore that the "War on Terror" is far from being over.

However, it is not only the information that has to be ignored that makes HISTOMUN such a special and unique challenge but also other aspects the participants have to bear in mind. Delegates have to consider alliances between states at the point of time of their conference. For the committees discussing the Lebanon crisis in 1958, the Six Day War in 1967, or the Falklands War in 1982 this means they have to keep the bi-polar world of the Cold War Era at the back of their mind. Besides historic alliances participants also have to consider their countries' domestic problems at that point in time and what influence these problems eventually had on "their" countries' national interests.

## Further information

HISTOMUN 2010 will simulate the following historic Security Council Meetings:

6 June 1958: Lebanon Crisis

5 June 1967: Six Day War

3 April 1982: Falklands War

7 April 1994: Rwanda

13 November 2001: Afghanistan

More information on each committee and on previous HISTOMUN conferences can be found at <http://www.histomun.org> For questions please contact Secretary General Gregor Waldhauser ([histomun@afa.at](mailto:histomun@afa.at)) or Deputy Secretary General Barbara Cucka ([barbara.cucka@afa.at](mailto:barbara.cucka@afa.at)).

HISTOMUN 2010 is organised by the United Nations Youth and Student Association of Austria – Academic Forum for Foreign Affairs (AFA) in cooperation with Webster University Vienna.

## Alternative History

It is not the goal of HISTOMUN to simply "replay" historic conferences, or to have participants relive historic events based on minutes and records. Delegates should also have the opportunity to see if their actions might have changed the course of history. Fiction and non-fiction literature in the field of alternative history often raises the question "What if?" What would have happened if a particular person had (not) missed an important meeting? What would have happened if different people had their perspectives heard? HISTOMUN gives participants the chance to find out if their ideas would have brought about different decisions and changed the world.

HISTOMUN is open to students and people aged 18 and older from all over the world. Sharing a profound interest in politics and history is their common denominator. <<



Lecture by the former Prime Minister of the Republic of Croatia, Dr. Ivo SANADER, at the Austrian Parliament, 25 November 2009



Chimney Talk in the frame of the "Sustainable Future Campaign" with MP Mag. Laura RUDAS (SPÖ-Bundesgeschäftsführerin) at the AFA office in Vienna, 28 October 2009



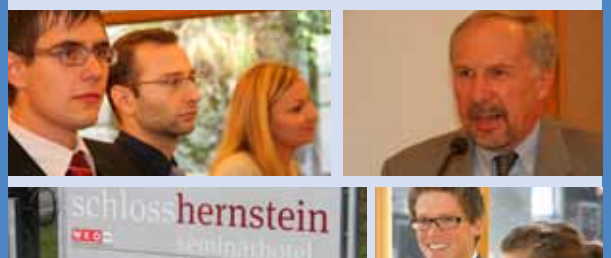
Club evening: Discussion on "Obama and the Nobel Peace Prize" at the AFA office in Vienna, 3 November 2009



Lecture by the Austrian Federal Minister for European and International Affairs, Dr. Michael SPINDELEGGER, at the Austrian Parliament, 29 September 2009



Foreign Policy Talks at Hernstein Castle, 23-24 October 2009



Celebrating "60 Years Council of Europe" at the Austrian Parliament, 2 December 2009





The Volvo XC60. All new, all energy, all safety. The car that stops itself.

## A TRULY SAFE INVESTMENT IN AN UNSAFE WORLD: DIPLOMAT.VOLVOCARS.COM

Wherever you are, wherever you go, enjoy fantastic savings and convenience with Volvo. It all comes with our unique diplomat programme and the most exciting line-up ever. Before deciding on your new car, find some outstanding rewards online. You wouldn't want to miss out.



Mr. Michael Presser  
Diplomat Sales Representative  
michael.presser@denzel.at  
01/740 20-4212  
0664/807 41 4212

**VOLVO CARS DIPLOMAT SALES. PRIVILEGED TO SERVE YOU.**

Volvo. for life



**WIEN 3, Erdbergstraße 189-193**

**Tel. 01/740 20-4212**

[www.denzel.at](http://www.denzel.at)

**MEGADENZEL**  
ERDBERG